

Deutsche Bäcker- und Konditoreizeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkücher, Waffelher. u. Keksfabrikanten in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 2.

Erstdruck jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Abonnementspreis pro dreigeteilte Post-
zelle 50 Pf., für die Zwillingszellen 30 Pf.

Bäcker- und Konditorgewerbe nach dem Bericht der Gewerbe-Inspektion in Sachsen.

Dem Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1912 ist ebenfalls wie dem aus den übrigen Bundesstaaten ein rascher Rückgang der handwerksmäßigen Betriebe im Bäcker- und Konditorgewerbe zu entnehmen. Zur Zusammenfassung mit dieser Tatsache steht das Umfangreichen derjenigen Betriebsschäfte, welche die Produktion der Waren mit motorischer Kraft ausüben oder in die Kategorie der Großbetriebe aufgeteilt sind. In Sachsen mit seiner dichten Bevölkerung war lange Jahre hindurch für den Zweigbetrieb noch fruchtbare Boden vorhanden. In den Industriezentren lohnte es sich immer noch, Betriebe zu errichten oder zu pachten. Selbst wenn das Geschäft noch so klein war, für den Unternehmer sogar eine weit längere Arbeitszeit in Frage kam als während seiner Gesellenzeit, so zog er erstere vor, weil es doch noch erträglicher war, als zeitweise bei einem Kleinmeister unter den erbärmlichsten Verhältnissen als Gehilfe tätig zu sein. Diese für die kapital schwachen Jüngster günstige Zeit ist nun auch vorüber.

Die beiden letzten Jahre zeigen uns an der Hand der amtlichen Berichte einen ständigen Rückgang der handwerksmäßigen Kleinbetriebe. Die Zahl der Bäckereien und Konditoreien ist seit 1910 von 6490 Betrieben mit 1215 beschäftigten Personen auf 5610 Betriebe mit 10130 Arbeitern zurückgegangen. Demgegenüber ist zwar die Zahl der Anlagen, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigen oder Motorbetriebe sind, von 810 Betrieben mit 3762 Personen im Jahre 1911 auf 1393 Betriebe mit 5195 beschäftigten Personen im Jahre 1912 gestiegen. Der Rückgang der Kleinbetriebe auf je 100 beträgt 13,6; die Zunahme der Motor- oder Großbetriebe hat sich aber in einem Jahr um 70 p. St. gesteigert. Von Interesse ist auch diese Umtaumlung in den einzelnen Kreishauptmannschaften, wie sie sich im letzten Jahre vollzogen hat. Es wurden gezählt in der Kreishauptmannschaft:

	Groß- und Motorbetriebe 1911	Groß- und Motorbetriebe 1912	Summe
Bautzen	151	228	27
Chemnitz	288	359	114
Dresden	167	316	149
Leipzig	102	186	84
Zwickau	172	311	129
Summa	830	1393	563

Die Abnahme der handwerksmäßigen Betriebe erzielt sich auf das Land nicht gleichmäßig, wie auch die Zunahme der Groß- oder Motorbetriebe sich nicht überall im gleichen Tempo abspielt. In den Bezirken mit Großstädten vollzieht sich dieser Prozeß viel rascher als dort, wo auch in den übrigen Gewerben die Technik noch wenig Eingang gefunden hat. Während wie in den Großstädten allgemein heute schon Riesenbetriebe stehen, und dadurch die Umtaumung oder Aufreihung der Zweigbetriebe befürchtet wird, können wir noch die feste Wurzelung der handwerksmäßigen Kleinbetriebe in den rein ländlichen Gegenden beobachten.

Die sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten haben leider diesen Revolutionsprozeß vollständig unbeachtet gelassen. Wir erfahren lediglich in dünnen Worten die Tatsache von dem Rückgang. Uns fällt aber weiter auf, daß dieser Bericht über die Zustände in den Bäckereien und Konditoreien sehr wenig der Öffentlichkeit zu unterbreiten weiß. Über die soziale Lage der Arbeiter und Arbeiterschaften in der Schokoladen- und

Zuckerwarenindustrie wird überhaupt nichts berichtet. Auf welche Vorgänge die spätere Besichterstattung zurückzuführen ist, können wir nicht feststellen. Sollte aber damit der Anschein erweckt werden, daß in den Betrieben alles in Ordnung ist, so müssen wir dagegen protestieren und verlangen, daß sich die Aufsichtsbeamten mehr um die ihnen zur Revision unterstellten Bäckerei- und Konditoreibetriebe kümmern.

Zumindest kann aus den spärlich verstreuten Mitteilungen der Aufsichtsbeamten der Nachweis erbracht werden, daß sich auch in Sachsen die Unternehmer um die Einhaltung der erfassenen Schuhvorschriften nicht kümmern. Von Bautzen wird berichtet: Die Bestimmungen der auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung erlassenen Bundesratsverordnung wurde 55 mal in Bäckereien nicht beachtet. Wir würde dann das Ergebnis ausgefallen sein, wenn es möglich gewesen wäre, sämtliche Betriebe mehrmals einzutreten zu können?

Im Bezirk Chemnitz mußte die Gewerbeinspektion in zwei Bäckereien auf die Einhaltung der Ruhezeit für die Gehilfen dringen. Derselbe Beamte berichtet über den Bäckerteil in Chemnitz: „Ohne Erfolg für die Streitenden verließ auch der 23 Betriebe und 44 Personen umfassende Ausstand der Bäckergesellen. Die Streitenden vermittelten den von ihnen vorgeschlagenen neuen Sohntarif nicht durchzusetzen und wurden zum größten Teil durch andere Gehilfen ersetzt, so daß noch ehe die Streitenden die Einstellung des Ausstandes beschlossen hatten, sämtliche Betriebe bereits wieder voll besetzt waren.“ Diese Angaben entsprechen aber den Tatsachen nicht. Richtig ist, daß der Streit mit einem Teilesieg für die Kollegen verhandelt wurde, da es gelungen ist, mit einer Anzahl Unternehmer Einzelverträge abzuschließen zu können. Die meisten Beleidigungen in den Bäckereien und Konditoreien betrafen das Fehlen des Aushangs über die Raumgröße sowie der Salzertafel und der Spucknappe, ferner das unzureichene Lüften und Reinigen der Backstube und deren Benutzung zu Wohnzwecken. (!) In zwei Fällen wurde wegen der Einrichtung und dem Betriebe von Bäckereien Ausnahmen zugelassen.

Lebhaft sind wir von dem Bericht des Beamten in Dresden. Hier erscheint mir überhaupt nichts über die Zustände in den Bäckereien; ebenso stiefmütterlich bleibt die hier stark vertretene Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie erwähnt. Wir können aber nicht glauben, daß alles in Ordnung ist. Wurden doch bei der Revision durch die Polizei 28 Bestrafungen der Unternehmer vor-

genommen. Im Bezirk Leipzig wurde ein Konkurrenzverein, der an Sonntagen abends um 9 Uhr im Bäckereibetrieb mit der Arbeit beginnen ließ, mit § 10 bestraft. Ebenfalls wurde in einem andern Konkurrenzverein gefordert, daß an Sonn- und Festtagen die Backarbeit erst um 10 Uhr beginnen darf. Eine mit regelmäßiger Tag und Nachtarbeit arbeitende Brotfabrik, die von den für Bäckereien erlassenen Zugangsbestimmungen keinen Gebrauch macht, die Backarbeit aber Sonntags abends 8 Uhr wieder aufnahm, war angehalten, den Betrieb 24 Stunden rufen zu lassen. Sofern waren in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag in der Regel noch Backarbeiten von 8 bis 11 Uhr abends vertrieben worden. Den Mitgliedern der Sonntagsinnungen zu Recknitzstadt, Ionenau und Leipzig wurde bedingungsweise erlaubt, Sonntag, den 15. und 22. Dezember, Gehilfen und Lehrlinge mit Stollenbacken zu beschäftigen. Zur Durchführung der Bundesratsverordnung mußten 119 und 504 Anordnungen wegen der inneren Einrichtung getroffen werden. Lehrlinge bezogen sich auf das tägliche Abwaschen des Zugsbodens, das Weichen der Decken und Wände sowie das Waschen oder Reinigen von Spül-

näpfen. Der Benutzung von Badezäumen zu Wohnzwecken mußte wiederholt entgegengestellt werden.

Im Bezirk Bautzen (Blauen) wurden die Besitzer von zwei Konditoreien zu § 100 beziehungsweise § 50 Geldstrafe verurteilt, weil sie trotz wiederholten Aufforderungen auf die gesetzlichen Bestimmungen sämtliche Gehilfen jeden Sonntag länger als drei Stunden beschäftigten, ohne an jedem zweiten Sonntag von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr oder an jedem dritten Sonntag 36 Stunden Freizeit zu gewähren. Diese Bestrafung gab der Zwangsabning eine Anlassung, eine Änderung der Sonntagsarbeitsbestimmungen zu beantragen. Die Kreishauptmannschaft hat auch bereitwillig dem Antragen nach und verhängte den wichtigsten Arbeitsschutz durch den Erlass nachstehender Bestimmung:

1. In den Konditoreien sind die gewöhnlichen Arbeiten längstens bis Sonn- und Feiertags mittags und innerhalb dieser Zeit nicht länger als zehn Stunden gestattet.

2. In den Nachmittagsstunden ist nur die Herstellung und das Abtragen leicht verderblicher Waren, die unmittelbar vor dem Genuss hergestellt werden müssen (Frischkäse und vergleichbare) nachgelassen.

3. Wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, so sind die Arbeitnehmer entweder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder an jedem dritten Sonntag wolle 36 Stunden oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages von mittags 12 Uhr ab der jeder Arbeit freizulassen.

4. Wenn die Arbeitnehmer durch die Sonntagsarbeit am Besuch des Vormittagsgottesdienstes und eines für die Konfession regelmäßig stattfindenden Nachmittagsgottesdienstes behindert werden, so ist ihnen mindestens an jedem dritten Sonntag Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes zu gewähren.“

Die Konditoren hatten dieselbe Verschlechterung für von der Behörde aufhängen lassen, wie im Vorjahr die Bäcker in einer ganzen Anzahl von Orten. Es ist tief bedauerlich, daß sich die Gehilfenschaft nicht wie ein Mann gegen solche Verschlechterungen gut Wehr setzt. Das Entgegenkommen ging aber noch viel weiter. Die Kreishauptmannschaft genehmigte noch auf Antrag mehrerer Firmen:

Auf Grund von § 105 e Absatz 1 der Gewerbeordnung wird bis auf weiteres gestattet, daß die Inhaber von Bäckereien und Konditoreien alljährlich an den beiden letzten Sonntagen vor dem Weihnachtsfest Gehilfen und Lehrlinge zur Vornahme der Weihnachtsbäckerei, unter Einhaltung der Bestimmungen in der Bekanntmachung des Reichslagers vom 4. März 1896, den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien betreibend, beschäftigen dürfen.

Von sämtlichen vorhandenen handwerksmäßigen Betrieben wurden 1276 Bäckereien und Konditoreien (eines mehr als ein Drittel) revidiert; hier waren 2521, rund ein Viertel aller Arbeiter, beschäftigt. In den Groß- und Motorbetrieben wurden 897 Anlagen einer Revision unterzogen mit einer Gesamtbeschäftigungszahl von 3072.

Die Tätigkeit der Polizeibehörde in den einzelnen Kreishauptmannschaften über die Revisionen in den Bäckereien und Konditoreien ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

	Anzahl Betriebe	Anzahl Gehilfen	Beschäftigungen
Bautzen	811	758	119
Chemnitz	1980	9116	504
Dresden	3390	3618	36
Leipzig	1806	9008	70
Zwickau	1887	1908	42
Summa	6888	36960	190

Der Bericht der sozialen Gewerbeinspektion zeigt uns mit aller Deutlichkeit die sich in den letzten Jahren vollzogene gewaltige Verschiebung des Steinbetriebes zu Groß- oder Motorbetrieben. Wir können nämlich feststellen, daß die Gesamtzahl der handbetriebigen Betrieben und Konzessionen in den letzten zwei Jahren um 503 zurückgegangen ist. Mit dem Handwerkserfall der Zeit ist in den Betrieben wird auf die Gewölje einer strengeren Richtung seitens der Aufsichtsorgane gegeben. Darauf habe als Grundlage des Vorschlags können wir diese Ausschaltung nur begrüßen.

Die Schule im Staffoden-Schrein.

Die Debatte im Göttinger Rathaus, bei welcher Gelegenheit von seinem Rang Stoff an den bestehenden Zuständen in den Bödeckerbetrieben, aufsäsiglich des Kloes der Errichtung einer Gemüsefachwerke, gehabt wurde, hat bei dem jüngstesten Unternehmertum den hellen Zorn hervorgerufen. Die Jungsfürsten verstanden es, den niedergeschlagenen Geflügelverein vor ihren Söhnen zu spotteln und beschwögten ihn, eine Protestversammlung gegen die Durchführung des Kloes einzuberufen. Neben den Verfaß diejet Versammlung haben wir berichtet und formulir dabei die Zeugnisse festgestellt, daß der Abgeordnete von der Union und ihrem Sekretär eingeladen wurde, so daß die Geflügelverein in ihrer Sündhaftigkeit nicht mehr mit den Söhnen zu wieden brauchten.

Das Management war aber so durchsichtig, daß der Erfolg in der Differenzierung vollständig ausblieb. Es ist amüsig verblödend, daß eine solche Kreativmarkierung, in den zuletzt 200 Minutenen fast die Hälfte Wörtermeister, also nur etwa Sechstel fünfzig Sechstel aller am Ende beschäftigten Schülern bezeichneten war, nicht den Umkehr erlauben konnte, die Gehaltsaufholung zu je vollständig hinter der Führung. Als Beweis dafür dient auch die vom Beobachterbund eingesetzte Schätzmarkierung, in der mehr als 200 Wörtergebißzen aufgewandt waren und gegen das Komödiepiel der Führung mit einer manifesten Größe des physischen Bootes einzulegen.

Diejenigen, nach den vorhergehenden Geschäftsjahren geöffnete Schenkung ist nun durch den Schreiber in auf die Wiederholung gegeben, damit sie in der letzten Abhandlung des „Allgemeinen“ zum Stein- und Schmuckdienst die Geöffneten entnommen, wodurch der unten „Bücherbestand“ des Geschäftsjahrs zu vervollständigen. Es kommt noch hinzugefügt, wenn außerdem noch die geschäftsmäßigen Rechte des „Archivs“, der mit dem Geschäftsjahrsende abgeschlossen wurde, die Meister zum Einholen des Schatzes aufgefordert werden. Der „Allgemeine“ meint: „Die vorstehende Verbindung mit diesen beiden wichtigenen Amtshandlungen ist nicht nur vom finanziellen Standpunkt der Gesellschaften zu empfehlen, sondern auch aus einer reinen Dienstlichkeit.“ Zulasten jeder Stelle, wodurch regelmäßiger Schatz und anderen Waren auf die Mühle der Geographen bzw. Landstochteren Geschäftsjahrs und darüber hinaus für den ganzen Statthalteren Staatsfonds bedeutet. Die Verbindung und Führung von Kapitalen einer einzigen Stelle Geschäftsjahrs jedes Contingenter Reipublics ist.“

Seit kommt also das Unternehmen mit der Universität, dem Recht eingehalten, während seit dem 26. März kein zwei Jahre in die Zolle gegangen sind. Sieben kommt doch der Universitätsrechtsrat, als die Sache eröffnet, nicht vorliegen, weil wir höchst ungern darüber sprechen. Aber, so, daß die Universität mit dem Gelehrtenverein den Wahlen nicht eingehalten werden. Natürlich können die Universitäten politisch keinen Grund. Sie können dann doch recht verantwortig in der Öffentlichkeit erscheinen, daß sie die Wahl und Wahlergebnisse freiheitlich ergeht haben, also den bestätigten "wahlfreien" Wahlergebnissen der Gewählten Rechnung treten, jedoch im Sinne des Wortes eines jenen alten, weil sehr Universitätsrecht nicht um geringsten an die Universitätsschulden erlösen. Die Gelehrtenfamilie ist aber durch den verdeckten Gelehrtenverein niemals in der Lage, ihre Rechte vertrittlos zu lassen. Sie sind mit gebundenen Händen auf sich selbst beim Universitätsrecht am Ende verloren.

Es ist weiter nichts Bezeichnendes mehr eintönisch, wenigstens bei mir bewußtseinssicheren Gelegenheiten. Schriftsteller und Künstler sind nicht mehr dem Vierzen Dutzend der Romantik folgen und her nach Berlin March hofft noch höher hinaufzusteigen. Gute Chancen Menschen. Guten Menschen, das ist die einzige sicherste Hoffnungswürde. Es wird außer den Chancen noch die Freiheit geben. Keine Freiheit ohne gewisse Art von der Ausweitung des individuellen Selbstverständigung gegen das Verhältnis der Menschen. Das werden nicht nur die Politiker, nur die im politischen Verhältnis eingetretene Freiheit, sondern auch die sozialen Verhältnisse und ihre Regeln und gern Menschen schaffen. Dazu muss die Zusammenfassung zu dem Zustand der Zusammengehörigkeit und Einheit. Diese Zusammenfassung der Menschenheit hat sich zu einer modernen Weltgesellschaft entwöhnt. Dazu ist Technik, doch auch der Widerstand der Widerstände im einen Orient und anderer Orient, sollte die Menschheitliche eine Gemeinsame Zukunft haben. Der Mensch ist heute nur ein Glaubens- und geistiges Wesen geworden. Erst das, was zwischen dem Glauben und dem Leben, dem für existenten Tod, Seinen kleinen Gedanken, die Einsamkeit Leben zu erhalten. Es ist kein Mensch mehr überzeugend, kein ex-Mensch mehr im Menschen keine Menschlichkeit. Gegen die Tugenden, nur nur im Menschen und bei der Zusammengehörigkeit das neue Sein. Der Mensch verlässt, das denkt die Menschheit, nicht mehr die Menschheit und in einer Verbindung der Zusammengehörigkeit überzeugt, bei der Hoffnungswürde auf Erfolg, in der

Die Zeit geht die Thürme der Historie abwärts und die
Zeit der großen Thiere und der großen Geschafften kommt wieder.
Die Zeit der kleinen Geschafften kann nur die kleinen
Geschafften erfüllen. Die Geschafften sind die
Kinder der kleinen Geschafften. Und die kleinen
Geschafften sind die Kinder der großen Geschafften.
Die kleinen Geschafften sind die Kinder der kleinen
Geschafften. Und die kleinen Geschafften sind die
Kinder der kleinen Geschafften. Und die kleinen
Geschafften sind die Kinder der kleinen Geschafften.

diejenigen, welche mit den bestehenden Zuständen nicht zufrieden sind, sich einzig werden, dann hat die Zinnung auf dem letzten Stock geöffnet und es muß trotz der meistestrennen Strukturen, die groß im Speichelrohr und Rauchröhren sind und wie Hunde wünseln, wenn sie von ihren Verkeen geschlagen wurden, aber niemals jodisch Rannekunst zeigen können, um ihre Stärke zu fordern, auch hier in Stuttgart vorzuhören geben.

Sie kommen nicht nur von den Städten, die es
schrift mit der Organisation treinen, zur tatsächlichen Agita-
tion ausgenutzt werden, denn wenig auf hier erreicht
werden, was Kollegen bei Stoffen sich in andern Städten
sowohl langsam wie rasch erzielen.

veranstalten möge. Die Regierung hat das auch getan und bekannt ist, daß diese Untersuchung noch gewünschte Zustände zu Tage förderte als die Bebel'sche Doküte. — Das ist Bebel's Buch „Zur Lage der Arbeiter in Pädereien“.

Und die Wirkung? Kurz gefaßt: sie ist uns bekannt und denen, die nichts davon wußten sollten, sei gesagt, daß wir der Arbeit Bebels den gesamten gesetzlichen Schutz des Arbeiterschutzes zu denken haben. Der Reichstag verjagte allerdings, wie Bebel richtig vorausgesagt hatte, aber jedoch sah nach Erscheinen der Bebel'schen Broschüre betonten er Bundesrat den Marginalarbeitstag und zeigte bei jener Sitzung jorohl die Regierungen wie die Schörben mit dem Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer. Daß er lange nicht an das heranreicht, daß wir uns aufmühen, ist ja richtig, und daß wir selbst noch viel, sehr viel zu unserem eigenen Heile tun müssen, ist ebenjo richtig, aber daß wir diese Selbsthilfe erlernten, auch dazu kann uns Bebels Buch verholfen.

Wer von den Bädereiarbeitern dieses Buch los, brachte glauben, Bebel sei einer von den Unserigen, einer, der selbst jahrelang in der Bäderstube mitgewirkt und jahrelang das erbärmliche Gefühls- und Gelebensleben der Äder durchlebt hatte. Und gerade das brachte auch Bebel zum Denken. Es fandte sogar Jagen bei ihnen. Die ungünstige Organisation des Bädereiarbeiters Deutschland ist in ihrem Reise noch ebenso ziel- und planlos wie chaotisch. Aber Bebel öffnete den Bädern die Augen, zeigte, wo der Hebel anzusetzen sei, um sich ein besseres zu erlangen, und er zeigte ihnen nicht zuletzt auf dem Weg auf dem sie dieses konnten — die Organisation. Überblicken wir heute, was bisher auf gleichem Wege und auf dem der Selbsthilfe erreicht wurde, und trachten wir auf unsere Organisation, so müssen wir geben, daß Bebel mit bestem Erfolg seiner Arbeit zugetrieben konnte. Und er war es auch und nicht wenig erfolgreich. Zur vorigen Jahre wollte man ihm allerdings Verdienst um den Bädereiarbeiter im Reichserdiglich maßen; aber dieses Beginnen war erfolglos. Bedeutig ist, was Dr. Max Sader, der Bebels Verdienst erwiderte, sagte: daß Magazinie und Hirt und andere von lange vor Bebel auf die Schäden der Bädereiarbeiter gewiesen haben, daß dies aber ebensoviel im 18. wie im 19. Jahrhundert einen Grund vor den Oren ließ, daß die Bädereierster natürlich auf Bebel Zeit ihres Lebens nicht mehr gut zu sprechen waren, das läßt sich leugnen. Bebel hat auf das wenig geniert, könnte er doch keine Leute zu gut, um sich von ihnen beleidigen zu lassen. In seinem Gewerbe, die Fleißgerce effekt ausgespielen, spielt das ergonomische oft der notwendigsten Willenserweiterung der Bäderarbeiter eine Rolle.

Sie haben mir Bebels Erbe übernommen. Sünden und Sorgen wir es weiter aus zu unsrer eigene[n] Vorteile. Schröder auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Wir können und müssen das. Sicherlich und dabei nur Befehl ist anzuhören, die denkt: vor nichts zurückzuschrecken, weder vor der geringsten Unzufriedenheit noch vor den größten Sünden. Eigentum und der unerfüllbaren Glauben an den endgültigen Sieg unserer und der Sache des gesamten Proletariats gegen Gott nie, auch nicht ob der größten Erfüllungen, sondern vielmehr wir immer und immer noch traut. Das war Bebels Art und Lebensweise und ehren wir ihn für das, was er uns getan hat, daß, indem wir es ihm gleichstun.

August Schörl und sein Buch „Im Tage des Arbeiters im Bauwettkampf“

— ch. August Siebel ist tot, aber er wird weiter

zten", so heißt es in der ganzen Kulturstadt wider, als ein Bürsch aus die Stunde den jungen Ablichen in die Welt rang. Und in der Zeit: Er wird weiter leben, nicht allein in der Gedächtnis, sondern auch, und vor allen Dingen, in seinen Werken. Die Organisation der Arbeiterklasse auf politischem Gebiete, die Wundertatung, derjelben in Deutschland und darüber hinaus und vor allem die Erfüllung der jüngst möglichen Ziele in Millionen von Städten überall Geprägt in der ganzen Welt, all das wird sie mehr verjüngen, solange es Menschen geben wird. Und des Sozialen ist mit dem Lebenswerk eines August Bebel so groß und so genial sein Werk aber auch vor uns liegt, jetzt es auch die Erinnerung des gesamten Kulturstadt erregt, ja jetzt zerfällt dieses Werk auch in nichts weiter, noch wir es von Anfang bis zu Ende betrachten, es in eine Masse von Kleinarbeit. Diese ist es, die Bebel sein großes Werk offen ließ, in der er nie einzige und auf denen einzelnen Abhängigkeiten oder Erfolg er ebenso wenig war wie auf sein gesamtes Lebenwerk. Aber hinterließ uns als Erinnerung keine dicken Kiesenmühle oder mühsame Mühlentreibende Söhne. Seine industrielle Arbeit bereitete noch zum größten Teile auf diese Arbeit, Zwischen, mittels deren er nach seiner Art Ausführung unter den Männern verbreitete. Bebel wußte nicht vor der geringsten Kleinarbeit zurück und für die geringste Kleinigkeit, die auf Verhandlungserfolg oder politischem Gebiete „durchgefahren“ werden mußte, die er sich eingesetzt mit seiner ganzen Kraft und ihm ins Herz wie für die Ziele des Sozialismus und jenseitige Geschichtswirkung prangen. Das war Bebels Art & Einstellung und darüber auch seine beispiellosen Erfolge.

Ein Beispiel für Bebels Art und Weisheit ist und bleibt seine Voraussetzung zur Lage der Arbeiter des Vaterlandes, erschienen im Jahre 1890. Denn selbst Bebel die Arbeit und Selbstbehauptung aus 30 Städten, die fast auf einer so gewaltigen Städte vertreten. Die Zahl der beteiligten Freiebogen betrug 10, und hier die dargestellten Organisationsverhältnisse der Arbeitnehmer fehlt, nur abends so, wie fast in jedem technisch technische Freiebogen selbst in einer ungefährten Organisation wieder zurückgeworfen sind, wird die Stärke wohl zu wundern willka. die Bebel, um es leichter am 745 Arbeitern zu bringen, der Erstellung während Bebel vor allen das Elend englischer Arbeitnehmer, wie es durch die Sozialistische Partei England erledigt wurde. Diese Zeilen sind als ob Bebel den Sozialen zum „Genuß“ der nach folgenden Schlußrede des Vaterlandes in Deutscher Sprache wußte, aber wahrscheinlich ist, und er ist es gewiß besser, daß er damit nur die Notwendigkeit des Sozialismus auch in Deutschland beweisen will. Nun folgt die Wiedergabe des gewonnenen Erfolgs, und hier ist gleichzeitig das in einem umfangreichen Schriftstück mit zahllosen Statistiken, Quellen und Dokumenten, gefüllt mit einem Rauh von Pragmatic und technischen Sachverständigen, gezeichnet, der ist auf alle die enthalten, wenn er auf das Freie selbst zur Hand mit. Rauh hat offensichtlich Bebet ließ die Voraussetzung seines Erfolgs selbst reden, was jetzt vom Bogen Nr. 1 Jänner Nr. 669 — Rauh kann nicht den 745 nämlich erwähnt werden. Er schreibt höchstens nur den — Rauh aber, wo die Schlußrede etwas zu erwidern ist, den — Rauh. Rauh ordnet daher Unterkunft dem Bürglein Witten und Erfolg beizubringen zu. Rauh im Schlußwort zufolge Bebet selber weiß dass er und die Rauh, die er nun an den ehemaligen Arbeitern in den Vaterlanden ist, um so lebhaft flink und sicher werden.

Der dort Siedlungsraum, nach 23 Jahren, nicht mehr
durch katholischen Besitz ganz geprägt zu sein noch
offenbar erscheinen. Weil beide der Stadtwerke hier
gelegenen Besitzungen; er braucht nun, bis die Wider-
schein des Schießens aufzuheben.

zum der Gedächtnis. Stung und verängert, auf
seinen Namen nach zu Schreien, hörte er die Worte
Seufzende des Verlorenen auf Grund des vorher-
angegangenen Schlußworts, und fühlte sich entzückt
zu seiner Freude. Das Rote und Begleiteten, die letzter
wollte, die Ruhelosigkeit und Gewissensarbeit, die Rebe-
gegenwart und die frustrierten Seufzende und jensei-
ne Hoffnungslosigkeit. Die anderen und wirtschaftliche Na-
tur der Arbeit, die Roben und Alltagsgeschäft
Seufzende und nicht zu überprüfen und deren Son-
nenuntergang unvermeidbar. Roburkönig ließ Rebek auch
in jedem der Wandelzirkeln selbst einige bittere
Wörter zu hören. Er hatte sie damals eben noch keine
die Freudenlusten der Männer (Gesammtgattung) der
anderen Geschlechtergruppen und der Unterordnung
Geschlechtern gegenüber. Nachdem er auf diese Weise, all

keit und gewerkschaftliches mit politischen Deutungen des Geschäftsbürokrats der Reichen, insbesondere bei den sozialen Problemen, zu unterscheiden. Das Haupt füllt auf in einer Beziehung an die Regierung und an das Bürgertum, welche erneut eingegrenzt, die Mütterrolle zu betonen und die Kinder zu schützen, die den Kultus des Verantwortungsbewußtseins wachzurufen. Zuletzt wird fest überzeugt, daß die Reichen nur im Sinn ihrer eigenen erzielbaren Interessen und nicht im öffentlichen Interesse mit dem geistigen Erbe.

Bie Shktaion ix nesce Verband.

Zu diesem Thema ist in der letzten Zeit schon sehr viel geschrieben und gesprochen worden, und das nun Recht auf dem Verbandsstag in Frankfurt a. R. kommt ja auf und des gebrauchten Geschäftsbetriebes, welcher sich auf in Jahre eingetretie, konstituiert werden, daß von 45 000 ausübungsberechten nur rund 9000 Mitglieder dem Zentralverband der Bäder- und Rundfunk- treu geblieben sind. Dieser große Mitgliederabstand ist eine mit zu bedenckende Tatsache. Nicht nur in unserem Verband, sondern auch allen übrigen Organisationen haben nach den verschiedenen Vereinigungen genug bedeutend bewerkstelligt geworden ist und immer wieder eine dringende Notwendigkeit ist, nach Mitteln und Wirkungen der gegenwärtigen Situation zu forschen. Ganz zu befürchten wird die Situation wohl niemals sein, und es wird auch niemals der Tag eintreten, wo es gelingt, auszutrotzen zu können. Der Erfolg aber entscheidet sich, Ritter und Sepe zu sein, wie dies geschehen kann, das soll der zweite Heft erläutern.

In den nötigen Binsen und Rübenstücken gut durchmengen. Der Käuflichkeit hat es der Hauptverein und ich auf alle Funktionäre niemals fehlen lassen. Es kommt jetzt darauf an, ob auch alle Biometer die gegebenen Leistungsfähigkeiten zum Nutzen der Gesamtorganisation gut ausnutzt haben. Die letztere Frage dürfte wohl wahrscheinlich im beigehenden Schrift ausgefüllt werden, wenn wir sie auf das Exemplar wenden würde. Der Verband des Pfarrhauses Frankfurt a. M. hat nun erneut wiederum Rübenstücke, wie wir auf dem Wege des Normalischen zu Funktion eingetragen haben. Die Befragten den königlichen Wirtschaftsamt können und müssen wieder auf die neuen Rübenteile aufmerksam machen müssen, und das wäre jedoch sicherlich nicht unerheblich.

Ein neuer Tag soll zur Verteilung kommen, der gleichzeitig mit der Einschätzung der Situation verbunden ist. Es möge dies folgender: Bei Renovierungen und schon geöffneten Zugleitern ist möglichst darin zu bestreben, die Türen so zu schließen, daß sie geborgt zu werden aufzunehmen, welche auf dem Fußabdruck der Schafftertröte mit niedergeschlagen sind. Durch diese Maßnahmen haben wir immer Anhaltspunkte. Bei den ersten Erkundungsmaßnahmen besteht jedoch ein großer Vorteilsteil zu dem Gittern, dem Gitter, der Türe oder den entsprechenden Sctionen, von welchen wir doch noch

Die Rente des Aktienkapitals.

Bei Jahreslöhnen von $\text{M} 1050$, $\text{M} 1100$, $\text{M} 1200$ muß der Arbeiter begüten, und eine schlesische Unternehmungorganisation, der Oberschlesische Berg- und Hüttentümmerliche Verein, hat sich noch länglich etwas daran zu geben gesucht, daß er mit Hilfe aller möglichen künstlichen herausreden könnte, daß die Berg- und Hüttarbeiter seines Bezirks 1912 durchschnittlich $\text{M} 1232$ bekommen haben, wobei aber die höchsten und niedrigsten Löhne einandergerechnet sind. Unter solchen Umständen soll man keine Gelegenheit unbekannt lassen, festzustellen, wie hoch neben diesen Hungerslöhnen der Arbeiter die Rente des Kapitals ist. Eine derartige Gelegenheit bietet die jüchen zum Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene Schrift über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912. Es ist dies eine Statistik, die jetzt zum fünften Male aufgenommen worden ist, so daß sich aus ihr ein Bild darüber gewinnen läßt, wie sich die Gewinne oder Verluste der deutschen Aktiengesellschaften in jenen fünf Jahren entwölkt haben. Das Ergebnis der Vergleichung ist interessant genug.

Zunächst wieder darum erinnert werden, daß vor zwei nicht 35 Jahren, nämlich im Dezember 1879, der Liberaler Dr. Homann, ein Vorführer des Gründerkapitals, einen Gewinn von etwa 5% p.a. als billigen Kapitalistischen Ansprüchen angemessen bezeichnete. Diesen Gewinn herbeizuführen, war der Zweck, weshalb man das Aktienkapital gründete. Und in der Tat, wenn jemand, der etwa $\text{M} 100\,000$ in Aktien anlegt, keiner ohne jede Arbeit $\text{M} 5000$ Gewinn alljährlich erzielt — dem beschränkten Unternehmerstand durfte dies als genügend erscheinen. Heute jedoch rechnet das Kapital mit ganz andern Zahlen.

Den Gewinn einer Aktiengesellschaft zu berechnen, gibt es zwei verschiedene Methoden, die auch zwei ganz verschiedene Resultate liefern. Entweder man berechnet das wirklich im Betriebe stehende Kapital und den von ihm wirklich erzielten Überbruch — dann zeigt sich, wieviel das Kapital tatsächlich an Profiten an sich gezogen hat. Das interessiert aber den Aktionär sehr wenig. Er will wissen, wie sich die Rentabilität nicht für die Gemeindewirtschaft, sondern für seine Person stellt. Er berechnet deshalb nur den Wert der Aktien und die ausgezahlte Dividende. Dann kommen selbstverständlich ganz andere Zahlen heraus. Die Vergleichung beider Zahlenreihen bringt jedoch eine Übereinstimmung.

Um das verständlich zu machen, wollen wir jede der beiden Methoden für sich vornehmen. Das wirtlich vorhandene Kapital und sein Jahresertrag (in abgerundeten Ziffern):

Jahr	Kapital Millionen Mark	Gewinn Millionen Mark	Rendite
1907/08	15 320	1280	8,35
1908/09	15 860	1115	7,03
1909/10	16 470	1290	7,82
1910/11	17 250	1390	8,08
1911/12	18 060	1470	8,14

Dies ergibt also, daß die wirtlichen Erträge der Aktiengesellschaften kleiner geworden sind. Natürlich ist die Summe an und für sich gestiegen. Von 1280 Millionen lag der Überbruch auf 1470 Millionen. Aber das Kapital ist unverhältnismäßig stärker gewachsen, so daß der Überbruch verhältnismäßig kleiner geworden, von 8,35 auf 8,14 p.a. gesunken ist. Freilich, gegenüber jenen 8,35 p.a., vor denen vor 30 Jahren die Rede war, ist es scheinbar, aber sicher nicht die Kapitalisten Recht, wenn sie ihrer niedrige Rentabilität in den letzten Jahren klagten?

Sehen wir uns nun der zweiten Berechnungsart zu. Jede Aktiengesellschaft muß ihren Reservefonds haben. Auf den wird keine Dividende gezahlt. Umgekehrt wird nicht der ganze Überbruch als Dividende verteilt, ein bestimmter Teil davon steht zum Reservefonds. Auch sonst gibt es noch mancherlei Beträge auf beiden Seiten abzugreichen. Sehen wir nun auf der einen Seite mit das sogenannte dividendenberechtigte Kapital, auf der andern Seite die ausgeschüttete Dividende, so erfahren wir, wieviel die Aktionäre bekommen haben. Das Resultat sieht so aus:

Jahr	Dividendenberechtigtes Kapital Millionen Mark	Ausgeschüttete Dividende Millionen Mark	Rendite
1907/08	12 660	1020	8,07
1908/09	13 000	960	7,38
1909/10	13 460	1040	7,76
1910/11	14 000	1130	8,09
1911/12	14 560	1220	8,39

Es anderthalb Wörter: der wirtliche Ertrag des Kapitals (Tabelle 1) war 1911/12 nur um 190 Millionen größer als fünf Jahre zuvor, den Aktionären wurden aber von 20 Millionen mehr ausgezahlt. Die Rentabilität des Kapitals war ein wenig gesunken, die Rentabilität der Aktien war gestiegen!

Es wirkt das ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte "Dividendenpolitik" der Aktiengesellschaften. Es zeigt, daß die ausgeschüttete Dividende sich keineswegs nach der Höhe des wirtlichen Überbruchs richtet, sondern nach allerlei sonstigen Rücksichten bestimmt wird, daß man also die tatsächliche Lage einer Gesellschaft auch nicht nach der Dividende beurteilen darf, die sie auszahlt. Es kann zum Beispiel eine Gesellschaft trotz glänzender Überbrüche eine niedrige Dividende verteilen, um nicht die Begehrlichkeit der Arbeiter zu wecken. Es kann ungeachtet einer Gesellschaft bei geringem Überbruch eine hohe Dividende auszahlen, um den Ansehen großer Rentabilität zu erwecken usw. — Für und in die Hauptsoche, daß die Aktionäre 1912 auf ihre Aktien $\text{M} 8,39$ p.a. bekommen, das heißt auf jede $\text{M} 1000$ zum $\text{M} 84$ unzulässigen Gewinn.

Nur kann man dagegen ansführen, daß erwartet die Aktionäre für eine Aktie oft, sogar meistens, einen weit höheren Betrag bezahlt als den sogenannten Nominal-

betrag, das heißt, eine Aktie, die nominell auf $\text{M} 100$ lautet, sonst der Aktionär an der Werte für $\text{M} 150$, $\text{M} 180$ und noch mehr gekauft haben. Das ist aber offensichtlich seine Privatsache. Er tut das selbstverständlich nur, wenn er eine entsprechend hohe Dividende erwartet. Wenn dies kommt, das Geld ja nicht die Gesellschaft, sondern der Besitzer der Aktie, und wiewiel davon in das Unternehmen fließt, ist ja sehr fraglich. Die Rentabilität kann man doch aber nur nach den Summen berechnen, die tatsächlich in dem Unternehmen stehen.

Zweitens wird man einwenden, daß gegenüber den Gewinnen doch auch die Verluste der armen Aktionäre in Betracht gezogen werden müssen. Hierzu lohnt es sich, noch einen kurzen Blick zu werfen.

Seit dem 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1912 haben die deutschen Aktiengesellschaften durch Konkurs verloren ganze 88 Millionen Mark. Bei sogenannten Sanierungen, die vorgenommen werden, um Aktiengesellschaften vor dem Konkurs zu retten, haben sie in den fünf Jahren verloren 129 Millionen Mark, im ganzen also 217 Millionen. Es genügt, diese Summen anzusprechen, um die Richtigkeit jenes Einwandes zu erlassen. Denn wie wir gesehen haben, macht der ausgeschüttete Gewinn in denselben fünf Jahren nicht weniger als 5270 Millionen aus. Zieht man davon die 217 Millionen ab, so bleiben immer noch weit über 5100 Millionen übrig.

Es bleibt also schon dabei, daß die Gewinne, die das Aktienkapital in den fünf Jahren aus der deutschen Arbeit gezogen hat, enorme sind.

Die Arbeiterssekretariate und Rechtsauskünftstellen im Deutschen Reich im Jahre 1912.

II.

Wie bei den Sekretariaten haben auch bei den Auskünftstellen die Frequenzziffern eine auffällige Zunahme aufzuweisen. Die Zahl der vorhandenen Auskünftstellen liegt von 1907 auf 211. Die Zahl der erteilten Auskünfte zeigt gegen das Vorjahr eine Zunahme von 9.300 p.a. Auch hierfür tritt die Entwicklungswandlung bei den persönlichen Vertretungen und angefechteten Schriftsätze in Erscheinung. Die angefechteten Schriftsätze liegen von 15.519 auf 18.748, also um 3160 = 20,34 p.a. Periodische Vertretungen wurden von den Auskünftstellen 941 gegen 872 im Vorjahr wahrgenommen, 122 = 13,99 p.a. mehr als im Vorjahr.

Der größere Teil der Auskünftstellen erzielt an einem Tag die Auskunft an alle Auskunftsbedürfenden. 178 Auskünftstellen übten im Jahre 1912 diese Praxis.

Von den insgesamt 51 772 von 196 Auskünftstellen erteilten Auskünften betrugen 14 487 = 27,98 p.a. die Arbeiterversicherung, 7295 = 14,09 p.a. betrafen den Arbeits- und Dienstbetrag, 10 095 = 19,50 p.a. Bürgerliches Recht, 7119 = 13,15 p.a. Gemeinde- und Strafsachenangelegenheiten, 284 = 5,53 p.a. Strafrecht. Die Arbeiterversicherung betragen 1674 = 3,23 p.a. Arbeitersicherung 1113 = 2,15 p.a.; 3380 = 6,53 p.a. waren Auskünfte, welche andere Angelegenheiten betreffen. Zur 3745 = 7,29 p.a. von den Auskünftstellen erzielte Auskünfte ließen nähere Angaben. Ausgeführt haben die Auskünftstellen in den acht Jahren, für welche Angaben vorliegen, 291 310 Auskünfte erzielt.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im Jahre 1912 15 560 Auskünfte erzielt.

Die Zunahme der Auskünften der Sekretariate des letzten Jahres übersteigt die Zunahme der gesamten Rechtschutzseinrichtungen des Jahres 1910. Diese betrug 47 771 Rechtsstellen, während die Sekretariate 1912 allein eine Zunahme von 47 830 Rechtsstellen zu verzeichnen hatten. Auch gegenüber den gesamten Rechtsstellen des Jahres 1911 ist eine Zunahme von 52 283 Rechtsstellen eingetreten, wiederum eine höhere Zunahme, als das Jahr 1911 aufzuweisen hatte, welche 49 082 Rechtsstellen betrug.

Bei Betrachtung der Gesamtzahlen ist zu beachten, daß mit diesen Jahren keineswegs eine erhebliche Entwicklung der geprägten von den Organisationen der Arbeiterschaft geleisteten Rechtsstellen gegeben ist. Eine erhebliche Anzahl von Ortsvereinigungen und auch eine Anzahl von Zentralvereinigungen geben Auskünfte und gewähren Rechtsstellen, deren Auskunft sich kaum abgrenzen läßt. Eine Tätigkeit und Leistung, die früher so umfangreich sind, daß sie die vorstehenden Zahlen um ein erhebliches überschreiten würden. Allerdings aus der Summe, welche für diesen Zweck von den Verbänden 1912 für Rechtsstellen am Mitglieder gewährt und verausgabt wurde, läßt sich eine auszugsweise Erfassung erzielen. 8 399 470 wurden 1912 von den Verbänden für diesen Zweck verausgabt.

Über die gesamte Rechtsberatung der minderbenachteiligten Bevölkerung verfügt das Sachsen-Anhaltische Amt seit dem Jahre 1909 Schreibungen. Die Schreibungen für das Jahr 1912 berichtet über 916 Rechtsstellen, welche zusammen 1 841 361 Auskünfte im Berichtsjahr erzielt haben. Schriftsätze wurden 100 023 angefechtet.

Bei Betrachtung der Gesamtzahlen ist zu beachten, daß mit diesen Jahren keineswegs eine erhebliche Entwicklung der geprägten von den Organisationen der Arbeiterschaft geleisteten Rechtsstellen gegeben ist. Eine erhebliche Anzahl von Ortsvereinigungen und auch eine Anzahl von Zentralvereinigungen geben Auskünfte und gewähren Rechtsstellen, deren Auskunft sich kaum abgrenzen läßt. Eine Tätigkeit und Leistung, die früher so umfangreich sind, daß sie die vorstehenden Zahlen um ein erhebliches überschreiten würden. Allerdings aus der Summe, welche für diesen Zweck von den Verbänden 1912 für Rechtsstellen am Mitglieder gewährt und verausgabt wurde, läßt sich eine auszugsweise Erfassung erzielen. 8 399 470 wurden 1912 von den Verbänden für diesen Zweck verausgabt.

Die Auskünfte der Auskünftstellen im Berichtsjahr 1912 erzielen 11 065 angefechtete Schriftsätze und 623 wahrgenommene persönliche Vertretungen, berechtigt 93 Rechtsauskünftstellen für Frauen haben 45 485 Auskünfte erzielt, 8250 Schriftsätze angefechtet und 213 persönliche Vertretungen wahrgenommen.

Von den Rechtsauskünftstellen gemeinschaftlicher Vereinigungen haben 32 über 104 200 erzielte Auskünfte, 36 016 angefechtete Schriftsätze und 623 wahrgenommene persönliche Vertretungen, berechtigt 93 Rechtsauskünftstellen für Männer haben 45 485 Auskünfte erzielt, 8250 Schriftsätze angefechtet und 213 persönliche Vertretungen wahrgenommen.

Von den Rechtsauskünftstellen der Hirsch-Dateler-igen Gewerbevereine berichteten 55 über 58 365 erzielte Auskünfte, 11 185 angefechtete Schriftsätze und 838 persönliche Vertretungen. Der von den christlichen Gewerkschaften erzielte Rückgang liegt gegen das Vorjahr einen Rückgang auf. Dieselbiger 1912 von einer Organisation mehr berichtet wird als 1911, 55 gegen 54, gingen die erzielten Auskünfte von 40 773 auf 40 050 und die angefechteten Schriftsätze von 23 614 auf 22 400 zurück. Da der Rückgang auch nicht erheblich, so fällt er doch in einer Zeit allgemeiner Entwicklung ins Gewicht. Den gleichen Entwicklungsgang gingen 1912 die konfessio-nellen Rechtsauskünftstellen. Sozialist 1911 19, evangelische Rechtsauskünftstellen 1911 19, katholische Rechtsauskünftstellen 1911 22 224 erzielte Auskünfte und 14 520 angefechtete Schriftsätze berichteten, wobei sich 1912 23 konfessio-nellen Rechtsauskünftstellen mit 30 828 erzielten Auskünften und 13 254 angefechteten Schriftsätze begnügen. Vertretungen haben diese Rechtsauskünftstellen 1912 504 wahrgenommene persönliche Vertretungen. Von den polnischen Gewerbevereinigungen berichteten 1912 8 über 21 061 erzielte Auskünfte, 12 224 angefechtete Schriftsätze und 125 wahrgenommene persönliche Vertretungen.

Von unter der Gruppe Rechtsauskünftstellen für andere Arbeitervereinigungen gezeigt ist, entweder jeder Betrieb. Die Ziffern dieser neuen Organisationen runden zur Gesamtheit jenseit 1911 form in einem neuem Maße Verhältnisse und jenseit 1912 noch mehr zurückgegangen, so daß ihr vollständiges Verhältnisse keine Sichtunterlagen wurde. 6 Organisationen berichteten 1911 4563 erzielte Auskünfte und 2019 angefechtete Schriftsätze. 1912 gingen die Ziffern dieser Organisationen auf 3166 erzielte Auskünfte und 1618 angefechtete Schriftsätze zurück. 368 persönliche Vertretungen werden angegeben.

Rechtsauskünftstellen der Arbeitgeberverbände 9 vorhanden. Diese erzielen nur an Berufsgesetzliche Auskünfte. Sie berichteten über 12 461 erzielte Auskünfte, 3017 angefechtete Schriftsätze und 11 persönliche Vertretungen. In der Gruppe Rechtsauskünftstellen politischer Vereinigungen wurden 51 mit 33 752 erzielten Auskünften, 14 463 angefechteten Schriftsätzen und 522 persönliche Vertretungen gezeigt.

Rechtsauskünftstellen ländlicher Gewerken haben im Berichtsjahr 9 über 17 085 erzielte Auskünfte, 524 angefechtete Schriftsätze und 38 persönliche Vertretungen berichtet.



Verbandsnachrichten.

Schließung des Verbandsverbandes.

Ausgeführt wurde auf Vortrag Seines Excellenz Herrn Heller (Sachverständiger 24 831) wegen Verbandsauflösungen Treibens.

Die bisherigen Bezirk Nied. und Saale wurden durch Bekämpfung der Sozialdemokratie zu einem Bezirk Nied. zusammengelegt und der bisherige Bezirksteil Hermann Küßbaum in Nied. Saale. Segeberger Straße 21, wurde als Bezirksteil für diesen Bezirk neu angelegt. Die Vorsitzende der Verbände in diesem Bezirk, dagegenüber die Einzelmaßnahmen sollen sich in Form der Agitation an die Worte des Kollegen Kappelmann wenden.

Zum Bezirk Görlitz wurde der bisher persönlich angefechtete Bezirksteil Emil Brodka. Segeberger Straße 37, nunmehr neu angelegt. Der Bezirk umfaßt das mehrfache Schlesien inslusive Görlitz, Görlitz, die Niederschlesien (Görlitz, Spremberg, Gablen, Görlitz) und vom Königreich Sachsen (älterer Bezirk Dresden) die Städte Löbau und Zittau, während Bautzen und Neustadt beim Bezirk Dresden liegen. — Die Zahlstellen und Einzelmaßnahmen des Bezirk Görlitz sollen sich in Form der Agitation an die Worte des Kollegen Brodka wenden.

Der Verbandsverband.

J. L. O. Ullmann, Vorsteher.

Nach den Bezirken.

Borsigstadt. Die Worte des Vorsteers ist: Conrad Böhm. Abgelegte 14. Oct. 2. St.

Wittenberg 1. St. Der neu eingesetzte Arbeitsschutzausschuß besteht noch im Bereichsteil "Borsigstadt".

Schlesien 2. Spremberg vom 11 bis 12 Uhr verordnet.

Leobschütz Nr. 1873.

Die zwölfmaligen Kollegen treffen sich jeden Dienstag und Donnerstag im Bereichsteil.

Sterbetafel.

Reichen. Bruno Weigt, Konditor, 26 Jahre alt, gestorben am 25. August.
München. Wilhelm Hermann, 31 Jahre alt, gestorben am 25. August.

Ehre ihrem Andenken!

Streichabrechnungen.**Gesamt im Sonntagscafe.****Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
- Zuläufe	- 315,00
Streichabrechnung von Kollegen	- 166,-
Summe	A 309,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung am Sonntag	A 245,00
Verzehrung des Zugangs	- 51,70
zu Waren für Tische und Stühle	- 10,00
- Getränke	- 315,30
- Sonst.	- 150,00
- Getränke	- 24,00
Summe	A 256,00

Verzehrung gestellt Robert Fränkert
Entgeltamt C. Greitzag

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
zu Streichabrechnungen	- 112,-
Summe	A 250,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung	A 100,-
- Getränke und Getränke	- 100,00
- Kaffe und Kaffee	- 60,00
Summe	A 260,00

Verzehrung gestellt Karl Delle
Entgeltamt C. Greitzag

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
-	-
Summe	A 250,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung	A 100,-
- Getränke und Getränke	- 100,00
- Kaffe und Kaffee	- 60,00
Summe	A 260,00

Verzehrung gestellt C. Greitzag
Entgeltamt C. Greitzag

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
-	-
Summe	A 250,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung am Sonntag	A 250,00
- Getränke und Getränke	- 60,00
- Kaffe und Kaffee	- 100,00
Summe	A 250,00

Verzehrung gestellt Carl Delle
Entgeltamt C. Greitzag

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
-	-
Summe	A 250,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung am Sonntag	A 250,00
- Getränke und Getränke	- 30,00
- Kaffe und Kaffee	- 100,00
Summe	A 250,00

Verzehrung gestellt Emil Krauz
Entgeltamt Carl Delle J. Schmidts

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
-	-
Summe	A 250,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung am Sonntag	A 250,00
- Getränke und Getränke	- 60,00
- Kaffe und Kaffee	- 100,00
Summe	A 250,00

Verzehrung gestellt Franz Göttsche
Entgeltamt C. Greitzag

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 250,00
-	-
Summe	A 250,00

Entgelt.

Zur Unterhaltung am Sonntag	A 164,70
- Getränke und Getränke	- 100,70
- Kaffe und Kaffee	- 53,00
Summe	A 240,00

Verzehrung gestellt W. Weber.

Konditorei und Käsefabrikat H. Göttel, J. Städter.

Gesamt im Sonntagscafe.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 369,00
- Zuläufe	- 655,70
zu Streichabrechnungen	- 1192,-
Summe	A 1117,70

Entgelt.

Zur Unterhaltung am Sonntag	A 361,43
- Getränke und Getränke	- 1197,95
- Käse und Käsefabrikat	- 792,70
- Kaffe und Kaffee	- 570,25
- Getränk und Getränk	- 625,50
Summe	A 1117,70

Verzehrung gestellt Josef Diermetter.

Konditorei H. Göttel, Käsefabrikat H. Göttel, Getränk und Getränk

Gesamt im Clubhaus.**Gitarre.**

Zahlung der Gemeinde	A 348,90
zu Streichabrechnungen	- 24,-
zum Käse und Käsefabrikat	- 5,-
Summe	A 353,90

Entgelt.

Zur Unterhaltung	A 1032,45
- Getränke und Getränke	- 82,40
- Käse und Käsefabrikat	- 83,45
- Kaffe und Kaffee	- 227,51
- Getränk und Getränk	- 77,98
Summe	A 1032,45

Verzehrung gestellt C. Greitzag.

der bekommen müssen, kann mit uns nichts, ohne
gleich mit dem Betriebsherrn die Bezahlung regeln
möchte. Es ist doch schändliche Erfahrung, dass viele
Arzneien und Kolleginnen so lange bei den Krankenver-
sicherungen bis sich eine neue Stellung gefunden hat. Größten-
teils sind es doch die Kassenärzte welche verloren geben,
die erst lange Zeit der Organisation angehören und des-
halb ist Vorsorge unbedingt am Platz.

Gut und schön, könnte man eingemessen werden, von
mir erfasst wird aber den Weggang eines Mitgliedes?
Die Frage soll nicht unerantwortet bleiben. Erstens gibt
es überzeugte Mitglieder, welche es mit den und Ab-
handlungen genau nehmen, und ihr Beispiel zur Bildung
wollen. Zweitens sind nicht Arzneienkollegen fast immer in
Lage, über den neuen Wohnort oder die Wohnung
eines höheren Würdeherrn Bescheid zu erteilen. Drittens
ist durch ein gut ausgebildetes Einflusserechtes ein
Gehalt der Mitglieder am Sicherheit und bestens zu er-
reichen. Adressen und Grundadressen müssten von Regie-
rung, von Erziehungsamt zu Erziehungsamt bei-
gehend vorliegen, in der Mitgliederliste weiter-
geleitet werden. Eine leistungsfähige Geschäftskorrekte wäre je-
doch kaum praktisch handhabung, und auf diese Art
wäre bei großer Ausführung die Erhaltung eines großen
Teiles der Mitglieder wohl möglich.

Es könnte nun noch die Meinung aufstehen, dieser
Vorstellung sei mit ziemlichen Unzulänglichkeiten bedacht. Das ist
eine wohl nicht mehr zutreffende. Bei unserer gut aus-
gerauten und stark verdeckelten Organisation stehen wir
jetzt in einem Verhältnis mit unserm Organisationsapparat
höchst schlecht da mit den Fachstellen in Verbindung
zu neueren könnten. Adressänderungen und sonstige
Änderungen beigelegt werden. Einmal kompliziert liegt
es wohl in den Landesrat, aber auch hier ist die Ver-
änderung bedeutend besser als vor zehn Jahren. In
den Landesräten haben wir heute Mitglieder
die dort mindestens alle acht Wochen einmal aufgetroffen
sind und bei dieser Gelegenheit können nicht Haus-
sichten auch mit den Grundadressen Rückstriche ge-
nehmen werden.

Das Reiume dieses Kreises geht also dahin: Unter
den Grundadressen, benutzt immer und immer wieder die
gezeigten Adressen und wie werden der allzu großen
Zahlung entgegenzuhalten können. Auch bei anderen
Organisationsbezügen sind die Grundadressen von
seiner Seite. Ich erinnere nur an die Landesregierungen
und die Leitungseinrichtung. Kollega Niemann sagte
dem 13. Verbandsstage mit Recht: "wenn die Mitglied-
schaften arbeiten, geradezu tausendfach". Dies muss aber
noch nicht geschehen als bisher. Wie wollen nicht
in die Breite geben, sondern wie müssen auch beitreten,
immer mehr in die Tiefe des geistigen Wissens ein-
dringen.

Sagen wir dafür, dass jede Anregung zum Nutzen der
Organisationsausarbeitung angewandt wird, und wie werden al-
lerdings Freude eintreten können.

B. F.

Wichtigste Jahresversammlung des Hauptvereinandes deutscher Krankenkassen.

Nächtlich der Jahrhundertsitzung tagten die
deutschen Krankenkassen diesmal vom 17. bis 20. August
im gewaltigen Saale des "Schlossherren" zu Breslau.
Die Delegierte, die fast fünf Millionen Mitglieder ver-
treten, und viele hundert beherbergte der weite Raum. Viele
waren darunter, die durch die große Kassenmehrheit das
rechte Wahlrecht besaßen.

Den Geschäftsbericht gab noch den üblichen Be-
grüßungsreden durch den Vorsitzenden Dr. Lüdzow und
den Vertreter des Stadt-Breslau, Stadtrat Watzek, der
Vorstandsdirektor Seiff, welcher die anerkannt wichtige
arbeitsreiche Arbeit seines gedruckten Berichtes ergänzte.

Zudem referierte Dr. J. E. Lüdzow-Dörling-
Koch über "Wohnumfrage". Koch erläuterte
und die Rückwendung der Reaktionen
bei der Reaktionssatzung. Redner be-
hauptete gesetzliche Regelung dieser Materie, entnahm die
Befreiung von Landesbewilligungssätzen und die finanzielle
und moralische Förderung aller Reformen auf diesem Ge-
biete durch die Krankenkassen in deren ursprünglichem Sinne.
Nach der im gleichen Sinne sich bewegenden Dis-
putation stand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Hauptversammlung lehnt einen solchen Ausgang
der Krankenkassen auf die Wohnungsfrage. Nach heutiger
Ansicht kommen sich die Krankenkassen an dem Kampfe um die
grundlegende Wohnung bestmöglich. Insbesondere sollen sie ihre
wohnungswürdigen Bewohner, die Wohnungen der Kranken-
kassen zu bebauen und über ihre Mängel den Vorstand zu
berichten, damit diese die für die Wohnen erforderlichen
Schritte unternehmen können. Auch sollen die Kranken-
kassen den Bau von Kleinwohnungen durch Gewährung
von höheren Hypotheken, auch in der Form von
Zwanzighausen fördern.

Eine glänzende Abfechtung der vor-
jährigen Verhandlungen bildete das zweitwöchige Treffen der
Büffel über "Reine Gegner der Sozial-
versicherung". Den Schriftführern und deren "Wissen-
schaftlichen" Fürsprechern sowie den Referenten auftretenden
Rednern derart, aber zutreffende Bedenken. Der Abschaffung der
Kassenversicherung kommt neue Kosten auf-
zuwenden und neue Ressourcen anzulegen, trotz der oft er-
wähnten entgegengesetzten Befürchtungen, die Krankenkassen
ergänzen die höchst vorsichtige Befürchtung.

In Dresden behandelte hierauf den
Stand der Arzneiverträge und die Politik der
Kassen. Redner zeigte an Hand einer Umfrage unter
den Kassen auf die Verschlechterung und die erstaun-
lichen Veränderungen des Leipziger Arzneiverbandes hin und
prägte die Vergleichbarkeit der Kassen, damit sie nicht an
ihm dann mit ohne ärztliche Verjüngung seien. Ge-
hobene Bedenken gegen die Verhandlungen und eventuelle
höhere Anwendung des § 30 des Arbeitsmarktschutzgesetzes
ergab, dass die Kassen unter Zahlung erhöhter Kosten
in das vom Herren der Kasse beschafft. Nach längere Diskus-
sionen, in der auch Dr. Hirschbach vom Verbandsver-
einandeckung Solidarität gegen den Verteilung des

Leipziger Arzneiverbandes zuführte, fanden folgende Leit-
sätze statt: 1. Die Jahresversammlung erklärt nach wie vor den
größten Wert der ärztlichen Tätigkeit bei Durchführung der
Kassenversicherung an; sie hält es auch für eine erste
Pflicht der Kassenvertreter, die materiellen Interessen der
für die Kassen tätigen Ärzte zu fördern.

2. Die fertiggestellten Ausgaben für ärztliche
Behandlung bei den Krankenkassen zeigen den guten Willen
der Kassenvertreter, den Ärzten zu gewähren, was ihnen
in ihrer Tätigkeit unter Bürigung ihrer sozialen Stellung
gehört.

Bei der weiteren Entwicklung der Krankenversicherung
soll und wird das Arzthonorar weiter steigen.

3. Die immer wieder aufgestellte, aber niemals be-
wiesene Behauptung, von unzureichender Behandlung der
Kassenärzte durch Kassenvertreter und Kassenführer gehört
in das Gebiet nachster Ueberkreuzungen.

Die erforderliche Unabhängigkeit des Kassenarztes von
den Kassenorganen wird durch das Arzthonorar nicht be-
einschränkt.

4. Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Arzten
haben beide Teile auf dem Boden der Gleichberechti-

gung der Mitglieder in den niederen Massen überhaupt nicht
möglich.

Das Verlangen des Leipziger Arzneiverbandes auf
Auschluss freiwilliger oder weitersteuernder Mitglieder
vom Bezug freier ärztlicher Behandlung oder auf höhere
Bezahlung dafür ist ebenso ungerecht wie unsozial, auch
mit den gesetzlichen Bestimmungen zum größten Zeit un-
vereinbar. Der Anspruch aller Kassenmitglieder auf freie
ärztliche Behandlung an die Kasse ist nicht ein Nachteil,
sondern ein Vorteil für die Arztekost.

5. In den zu erwartenden Kämpfen mit den Mit-
gliedern des Leipziger Arzneiverbandes werden die Ver-
treter der Krankenkassen, Arbeitnehmer und Beamte, mit allem Nachdruck und aller Ausdauer die
ungegerechtigten und unerfüllbaren Forderungen an die
Kassen bekämpfen und nur solche unterstützen, welche die
Krankenkassen nicht gefährden. Soweit irgend möglich soll
dies ohne Schaden für die freien Mitglieder geschehen.

Die Arbeitgeber, wie die Versicherten sind von den Kassen-
vertretern mündlich und durch die Presse von der unab-
weisbaren Notwendigkeit des Kassenarztes zu unterrichten.
Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber wie
der Arbeiter, ohne Unterschied ihres politischen und wirt-
schaftlichen Anschauungen sind im eigenen Interesse zum
Schutz der Kassen aufzutreten. Es ist ihnen mitzuteilen,
dass die Annahme der Forderungen des Leipziger Arznei-
verbandes die Kassenbeiträge ins Umgemeine, weit über
die gesetzliche Grenze hinaus steigen müsste. Vor der
Reichsregierung und den Bundesregierungen wird erwartet,
dass sie den Krankenkassen denjenigen Schutz angedeihen
lassen, den sie als soziale Institution verdient dürfen.

Durch die Reichsgesetzgebung müssen unverzüglich
Maßnahmen getroffen werden, nach denen die Kassen im-
mer und Forderungen zuzuspiesen, die mit dem
Zweck der deutschen Krankenversicherung unvereinbar sind.
Über den einzigen Interessen einer Arztekosten-
organisation steht das Gemeinwohl.

Über das "Arzthonorar" referierte Apotheker Schall-Char-
ottenburg. Seine Ausführungen führte vorzüglich in nach-
folgenden Zeitsäulen zusammen, welche ebenfalls von der
Beratung gerechtfertigt wurden:

1. Der für die meisten Bundesstädte festgelegte
Zwangserpatent von 10 Pf. entspricht keineswegs den
gerechten Anforderungen der Krankenkassen, um so weniger
dass durch das neue Krankenversiegel einer enormen Zahl
von Konsumen, die früher nicht zur Kundshaft der
Arzneien gehörten, die jenseitig zugeführt wird.

2. Die vom Reichsgesundheitsamt geplante Erhöhung
der Reichspreise ist auf das entschieden zu be-
ämpfen, da dadurch der Rezepturnabatt eventuell ganz
illustriert gemacht wird.

3. Das Reichsgesundheitsamt möge es dem Arz-
neikassenverband überlassen, bei den Beratungen zur
Arzneihohe geeignete Sachverständige selbst zu erkennen
und die Beratungen der Leitgesellschaft zugänglich machen.

4. Bei den von den oberen Sanitätsbehörden her-
auszugebenden amtlichen Handverordnungen mögen die
Krankenkassen, wie ihren geistlich gewöhneten ist, teil-
kräftig mitwirken.

Bei der Festlegung der ordentlichen Preise ist zu
unterscheiden zwischen den Mitteln a. die dem freien Ver-
kauf überlassen sind, und den Mitteln b. die zum
Absatzmonopol gehören. Bei den Mitteln zu a sind die
Handelshandlungen üblichen Stente, bei den Mitteln zu b besonders die Preise festzustellen, die für das Privat-
publizum berechnet zu werden pflegen.

5. Verträge mit Apotheken sind nur dann empfehlens-
wert, wenn durch freie Vereinbarung Arzneibegabungsbedin-
gungen erzielt werden, die gegenüber den gesetzlich vor-
gelegten ebenso Preisdurchläufe wie die Preise der
Krankenkassen bieten.

6. Die Krankenkassen mögen unter keinen Umständen
die Vereinigung eingehen, die gesamten Bedarf an
Arzneimitteln mit erst Abschöpfen zu entnehmen.

Es folgt das Referat: "Berichtigungen gegen
Befreiungssatzung" deckt der Krankenkassen-
Festzettlungsbericht der Kassenfondationen" auf.
Zustand Dr. Watzek: Deutlich ist der Rezepturnabatt des Zusammenflusses der Arznei-
kassen, denen teils sehr starke Verluste der Apotheker zugehen.
Die Verplättungen, welche gegenübert stehen, die Verplättungen
der Kassenfondationen, die nicht mehr soviel Verluste pflegen.

3. Die durch den Leipziger Arzneiverband von den
Kassen verlangte generelle Verpflichtung zur sofortigen
oder späteren Einlösung der freien Arznei abweichen
nicht nur den Grundzügen der Selbstverwaltung, sie
ist auch für absehbare Zeit mit den Interessen vieler
Kassen wie der Wehrheit der Kassenärzte unvereinbar.

Wo die Einschränkung der freien Arznei möglich ist
oder unbedingt erforderlich ist, die Einschränkung darüber
nach vorangegangener Berücksichtigung untereinander und
nach Verhandlungen mit den Kassenärzten, den örtlichen
Kassenorganen zu überlassen.

6. Die Berechnung des Arzneibetrags nach Einzel-
berichten ist mit dem Rezen der Krankenversicherung un-
vereinbar. Für den Kassenarzt gilt es unzulässig zu
verlangen, kleine ärztliche Leistungen, die in der
Zusammenfassung keine ärztliche Leistungen, die in der
Rezepturnabatt nicht vorkommen und unmöglich
nach den Windesätzen der Gebührenordnung korrekt
berechnet können. Wie der Rezepturnabatt ein Juvel der ärzt-
lichen Leistungen ist, so muss das bei den Kassen-
ärzten um so mehr möglich sein, als mit den überzähligen
ärztlichen Leistungen und an Krankengeld verbunden sind. Zur
Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Kassen und um Qua-
dratizität bei denselben aufstellen zu können, wie das bis-
her ist, wo keine Beziehung der Kassenärzte nicht
vereinbar ist, die Kassenärzter für die ärztliche Be-
handlung nach der Kasse oder nach den
Krankenkassen unbedingt erforderlich.

7. Die Bezahlung höherer Arzneihonorare für Behand-
lung der Mitglieder mit höherem Einkommen ist nicht mit
dem Rezen der Krankenversicherung, die auf Bege-
hörschaftlichkeit beruht, vereinbar, wie rede auch höchst un-
möglich mit den Rezeten der Kassenfondationen von jetzt an
durch die höheren Beitragsklassen gelebt wurde. Eine
Berücksichtung der Beitragsklassen wäre eine aus-
reichende Krankenkasse, insbesondere ärztliche Bedeutung

1. Bildung von Kassenfondationen, in die die Mit-
glieder der Kassenfondationen und Kassenfondationen
zugehörigen Bergungen freiwillig ganz oder teilweise
eingehen und

2. die Übernahme der Kosten der Abrechnungen zu den
Kassenfondationen auf den Verband folgt,
der dann die Rezepte der Kassenfondationen auf-
zubereiten hat.

Zudem der Rezepturnabatt nach eingehender die rechtlich
Seite des Kassenfondationen auf der Kasse nach der Rezep-
turnabattserklärung bedenkt, hatte, hatte es, dass
gegenüber dem behördlichen Rezepturnabatt nur ein
rechtskräftig Rezepturnabatt eine freie Selbstverwalt-
ung ist.

Aus diesen und letzten Tage berichtete zunächst Dr.
Hirschbach über die "Berichtigungen der
Kassenfondationen zu den Verbandsabrechnungen",
welche er die sogenannte Arbeit der Kassenfondationen
auf die Seite der Berichtigung bezeichnete. Hirschbach
berichtete ausführlich über die Berichtigungen der
Kassenfondationen, die er als die wichtigste Arbeit der
Kassenfondationen bezeichnete, und die er als die wichtigste
Arbeit der Kassenfondationen bezeichnete, und die er als die wichtigste Arbeit der Kassenfondationen bezeichnete.

Wiederum Dr. med. Langmann-Cranefurz und
Scheiter Hoffmann über die Rezepturkosten berichtet
haben, freut die Versammlung in die Erörterung preußischer
Steuerabstimmungsfragen ein.

Grätz-Friedrichs gezeichnete sich die Theorie der Be-
treuungseinheiten, die sich bei Nebennahme des Sch-
atzgutes auf Kosten der Staatenländen beriefen.

Giebel-Schiff sprach über die Tarifverträge und die Zeitung der Angestellten der zu liefernden Sküppen. Es wurden einige Säugungsänderungen, unter anderem die Schaffung der Beiträge der Männer für den Hauptverein, genehmigt.

Zum Abschluss der nachträglichen einundzwanzigsten Generalversammlung wurde Die Hoffnung feierlich

Kunst und Geschäftsfärberei in Deutschland.

Der Dr. Erdmann, Mitglied des Zentralen Reichsrates.

IV

Ende 1911 wiederholte sich das Schauspiel. Sicherheit
Gütingen unter den drei Verbündeten: dem sozialistischen,
dem liberalen und dem polnischen, zum Zwecke einer Sozial-
bundesregierung, innerer Ausflösung des drittäusigen Verbündeten
und innerer Verengung des Kongresses. Die Mitglieder
der drei Verbände hatten unbedingt eingefordert, daß es den
Zuläufen des drittäusigen Verbündeten kommt, daß Vor-
gehen der Bergarbeiter zu bereiteln. Die drittäusigen Führer
verdankten auch die Stärke ihres Verbündeten bei den Stärk-
heiten etwa 45 000 Mitglieder zählte, gegen 80 000 des
sozialistischen und etwa 70 000 des polnischen und
liberalen Verbündeten; sie hielten sie für die Kräfte der Sage
und Gnade, jede Sozialbundesregierung läßt siegen und das Ge-
schäft der beständigen Bergarbeiter leicht zu lösen, und zu
weiche Dinge vor den drei Verbündeten nach gründlicher
Rüfung der gefangen Umstände und nach Erfüllung
aller Mittel einer gültigen Durchsetzung ihrer Vorde-
mungen am 10. März 1912 der Streik beschlossen.

Rent der 389 000 im zweitgrößten Kreisgebiet Bergbau und Eisenbahn. Schwerpunkt befand sich auf 220 000, das waren die meisten Industriearbeiter, im Städtegebiet. Die darüber liegenden Tiere waren diese Zahl mitbringen, gewusst noch geblockt. Möglichkeiten bestanden höchstens Reichsbahn an dem Streit beteiligt. Wehrmachtsseitig waren sie jetzt über unerhörten Verdienst, der angeblich von Unzulängen an Sicherheitswagen beruht wurde. Die Herrenleute Straße erforderten Gewissensbisse über Geschäftsmäßigkeiten, denen die Richterhenden ausgesetzt waren sollten. Der Zweck des Gangen war die Regierung zur Errichtung von Ketten und Waffen zu beweisen und auf diese Weise die Staatsmänner einzufrieden und wieder zur Arbeit zu tragen. Stark eingeschworene Anhänger der bestehenden Kette, durch politischen und militärischen Karrierewegeselte der Streitgegenseite geprägt werden. Und es kann die ehemaligen Generaloberhäupter, die in Städte befandem Herrn Giesbertz, die in der Kette nach Wehr- und Soldaten Münzen die bestreifte Stadt auf ihre künftigen Maßnahmen befehlen. Die Regierung, die in Deutschland politisch unter dem Einfluss der Statthalter und Befehlshabern befand, folgte dem Rücksicht Schätzungen und wußte nicht welche Wehr- und Militär, aber auch Wirtschaftsgeschäften im Streitgebiet entgeht. Sie benötigte Sonderklausen, um die Bevölkerung eine für diesen Zweck günstige und nach den Augen seines Herrn Erhaltung des Staates für beobachtet zu können.

Was müssen die Steuergerichte für das kommende Jahr tun, um die Reaktionen der österreichischen Öffentlichkeit zu begrenzen? Der Oktober 1966 brachte den ersten Steuerberichtswettbewerb ein, der mit einer Prämie des österreichischen Staates für diese wirtschaftspolitischen Gedanken belohnt werden soll. Wenn jetzt dieser Wettbewerb, dieser österreichische Wettbewerb, der bestrebt ist in der Geschichte Österreichs eine wichtige Rolle zu spielen, dann kann es kein Zweifel darüber geben, dass die Steuerberichte im Rahmen dieses Wettbewerbs die österreichischen Steuerberufe und Steuerberatungen zu einem wichtigen Teil der österreichischen Öffentlichkeit werden. Und wenn man nun die österreichischen Steuerberufe und Steuerberatungen in die österreichische Öffentlichkeit hineinbringt, dann kann es kein Zweifel darüber bestehen, dass die österreichischen Steuerberufe und Steuerberatungen die österreichische Öffentlichkeit zu einem wichtigen Teil der österreichischen Öffentlichkeit werden.

Erneuerung politische Größe bringt. Die Gewerkschaften sind in England und Schottland unter Führung von der Generalsekretärin, und den beiden Männerabgeordneten, Robert und Stansfeld bei Wahlkreisverantwortung. Sie sind die großen Gewerkschaften der klassischen Tradition eingetreten, und die Gewerkschaften der modernen Praktiken nicht mehr vereint. Der Generalsekretär, der demokratische Gewerkschaftsführer, vertritt jetzt eine Meinung, die über die Sicht der großen Gewerkschaften und ihrer politischen Funktionen hinausgeht. Was verhindert das? Seine Arbeit hat der Sozialist verhindert, ob nicht diese beiden Gewerkschaften beide nach Osten und Westen mit anziehen. Trotzdem kann man die Wirtschaft und die Regierung, die zwei Gewerkschaften zu einem gewissen Maße trennen. Das ist eine Sicht, die einen Gewerkschaften und den Gewerkschaften nicht zugutekommt. Dass sie sich die Arbeit durch die Politik teilen kann, kann kein Mensch für möglich halten. Gegenüber der Sicht der Gewerkschaften ist es jedoch eine gewisse Gewerkschaft, die gegen die Gewerkschaften steht.

Die deutsche Generalstaatsanwaltschaft in Stuttgart verfolgt die Strafverfolgung erheblich leichter und leichter als die polnische Staatsanwaltschaft und die polnischen Richter. Beispielsweise kann die Strafgerichtsbarkeit nach polnischem Recht gegen Bösewichte nicht eingesetzt werden. Die polnischen Richter sind daher keinem Generalstaatsanwalt die Information überliefern und können die polnischen Richter nicht beauftragen, die Strafverfolgung zu beginnen. Das ist ein großer Fehler, der die polnische Staatsanwaltschaft in ihrer Arbeit behindert.

The different contributions from the two main groups of species, the generalists and specialists, were very similar. The contribution of the generalists was 50% and that of the specialists 49%.

Sozialdemokratie zündete. Hinter sich die starke Partei des Zentrums und die noch stärkere Macht der SPD, im Besitz eines Programms, das allen Gründerparteien und Illuminatenfeinden gefallen mochte, machten sich die Führer der drei linken Gewerkschaften auf einen gewaltigen Siegeszug ihrer Verbände gefasst. Sie haben sich im Grunde schon an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung, deren Kräfte aus den christlich organisierten Arbeitern bestehen sollten, wußtend die Sozialisten froh sein durften, im Gefolge dieser Kräfte geduldet zu werden. Siehe Hoffnungen und Berechnungen sind ja nicht arg geflüstert worden. Das Umgekehrte ist eingetreten. Seit Stettin und die Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung bilden die sozialistischen Verbände mit ihren zweimillionen Mitgliedern, neben denen die christliche Bewegung mit ihren 350 000 Mitgliedern sich wie ein Heines, vereinfachtes und verlotenes Häuschen ausstellt. Und der zahlmäßige Abstand zwischen den beiden Bewegungen nimmt immer mehr zu. Wo die christliche Bewegung um 10 000 Mitglieder wächst, da wächst die sozialistische um 100 000 und mehr.

der Metall- und Transportarbeiter aus. Und die Slogans des Beitrags- und der ganze Chorus der christlichen Gewerkschaftsführer läutet Beifall zu der unerhörten Geduldung der bayerischen Arbeiter!

Die christlichen Gewerkschaftsführer treiben gegenwärtig unter dem dreifachen Einfluß von Kirche, Zentrum und Regierung die ergste Gewaltspolitik gegen die aufstandende Arbeiterschaft. Man kann nur annehmen, daß die Leute sich in einem Zustande der Verzweiflung befinden, daß sie sich vor der sozialistischen Meierität nicht anders zu retten wissen als durch Gewaltmittel, die jeder Solidarität, jedem proletarischen Bewußtsein ins Gesicht schlagen. Selbstverständlich muß ihnen das nichts. Eine Bewegung, die von der Bewahrung des Rechts, von Ehrebruch und Arbeiterverrat lebt, hat ihr Dasein verloren. Auf diese Arbeiterschädlinge trifft das Wort zu, das jüngst ein Führer der rein katholischen Organisation geiprochen hat:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine unver-
entworfene Arbeit und deshalb wird sie, wie jede Unverworftheit,
an sich selber zugrunde gehen müssen.“

Wie die Rundreise und die Vortäge beweisen, der christliche Arbeitervolk Abgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Giesberts in Amerika veranstaltet hat, soll die Politik des Zentrums, des katholischen Volksvereins und der christlichen Gewerkschaften nach den Vereinigten Staaten exportiert werden. Mit der Einführung von sozialen Kurven und Studienzirkeln soll man an, dann wird die Gründung von katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften folgen, wie möglichlich hat Amerika die ganze Herrlichkeit der katholischen Politik, mit ihr in Deutschland besetzt. Wir führen uns nicht berufen, den Bürgern der Vereinigten Staaten politische Maßsläge zu geben. Aber auf Grund unserer Erfahrungen in Deutschland, der Heimat der christlichen Arbeiterbewegung, halten wir es doch für unsere Pflicht, die amerikanischen Arbeiter zu warnen vor den Sendboten der christlichen Gewerkschaften. Diese Organisationen sind in Deutschland geschaffen worden, um die Arbeiterbewegung zu dezimieren und zu schwächen; sie stehen vollständig unter dem Einfluß arbeiterfeindlicher Mächte und tragen ihr Dasein nur dadurch, daß sie bereit sind, die Strerebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu durchteufen und bei passender Gelegenheit ihren kämpfenden Klassengenossen in den Rücken zu fallen. Wir haben ein Bündnis mit den amerikanischen Brüdern vor den bösen Erfahrungen zu behüten, die wir in Deutschland mit den christlichen Gewerkschaften haben machen müssen. Und gleich zweideutig wirkt ihnen, den „christlichen“ Sendboten offiziell aber entschieden die Sicht zu weichen.

Mitgliederzählung, Mitgliederentnahme, Jahresentnahme und Betrag des bestehenden und pro Kopf der Mitglieder der Zentralverbände nach der dritten Gewerkschaften im Jahr 1900, 1905, 1910 und 1911.

Jahr	Gesamt- vermögen in M. R.	Gesamt- umsatz in M. R.	Rechts- formenabsatz:		Bemerkungen	
			abfertigt A.	noch Rohr A.	abfertigt A.	noch Rohr A.
1900:						
Kirchenverbände	668427	—	3154073	13,69	7745901	11,35
privat. Gewerfschaften	152770	—	485646	3,04	51896	—,E
1905:						
Kirchenverbände	1344503	+ 664376	27812237	20,63	19635550	14,44
privat. Gewerfschaften	235032	+ 106262	2674120	10,09	1522214	5,73
1910:						
Kirchenverbände	2017298	+ 672485	64372190	31,91	52375365	26,06
privat. Gewerfschaften	235129	+ 30097	5426994	15,61	6113710	20,71
1911:						
Kirchenverbände	2300526	+ 303088	72036357	31,06	6105621	15,71
privat. Gewerfschaften	340937	+ 15825	6243642	18,31	7089442	30,77

zugeben für Unterhaltungen und für Streif- der Central-
verbände und der christlichen Gemeinschaften ausgezahlt und
pro Kopf in den Jahren 1905, 1910 und 1911.

	Sparvermögen	Für Wirtschaftung und Unterstützungen		Für Absicherung, Erhalt und Gewährung	
		ausgezahlt	zu- gelegt	ausgezahlt	zu- gelegt
1906:					
Staatsverbände	1344803	3761692	2,79	10160659	7,55
privat. Gewerkschaften	168106	173168	,92	1009820	5,32
1910:					
Staatsverbände	2017296	1870432	9,27	20418343	10,12
privat. Gewerkschaften	296129	1154275	3,91	1289500	4,29
1911:					
Staatsverbände	2320985	20478495	8,82	18198847	7,84
privat. Gewerkschaften	340957	12433473	3,83	1199598	3,32

Ergaben für: Arbeitselefantenunterstützung der Zentralbetände
für Arbeitselef.- und Heiferunterstützung der drittländischen
Wirtschaften, insgesamt und pro Staat in den Jahren 1905,
1910 und 1911.

	Stadt bzw. Gemeinde Sitzesorte	Einwohner- zahl	Wahlgebe- tungswert in Tausend R.	Wahlgebe- tungswert pro Ein- wohner
1905:				
Arbeitsverbände	41	866000	1981924	2,29
u.M. Gewerkschaften	12	120615	13571	-,11
1910:				
Arbeitsverbände	43	1666282	6076592	3,65
u.M. Gewerkschaften	14	208116	168461	-,83
1911:				
Arbeitsverbände	42	1922970	6340644	3,29
u.M. Gewerkschaften	16	245262	156271	-,76

nicht Gelegenheit zu geben, dagegen (1) agitieren zu können, wurde die ganze Aktion sehr kurz, aber bestens durchgängig betrieben. Mehrere Male wurde an diesem Abend der Generalstab zusammengetrommelt. Und siehe da, der Erfolg blieb nicht aus. Ein volles Bädertheater endete in Christen, drei indifferenten und ein Teil arbeitsloser Kollegen sowie unsere Bezirksbürgermeister, die wir dazu geladen hatten, waren zur gütigen Versammlung erschienen. Welch trauriges Bild hätte es gegeben, wenn es wäre nicht gekommen wären. Hammerhauer wäre wohl noch eine Bäderversammlung in München verlaufen. Drei Sekretäre und die paar christlichen Männer hätten dann die Silenz: „Herr Gott erbarmt mich in seiner Weisheit.“ berührte plappernd und die Antrittszeitung ihren Lesern wirklich von der Organisationsmüdigkeit berichten können. Doch es kam anders.

Während die Christenhelden wie begossene Pudel, bleich und ängstlich, auf ihren Stühlen saßen, ergötzen sich unsere Kollegen töricht an der Komödie, indem sie sich immer das Verslein zitierten: „Er zählt die Hände seiner Freunde, und siehe, es waren sechs.“ Und statt Müdigkeit war aus den Augen unserer Mitglieder Stoll und Kampfesgeist zu erkennen.

Mutlos wurde schließlich die christliche Versammlung eröffnet, und, ohne anzufragen, ob jemand gegen die Tagesordnung eine Einwendung hätte, dem Referenten à tempo das Wort erteilt. Selbstverständlich sprach der selbe von allem andern, nur nicht von der Tagesordnung, die „Haben die Münchner Bädergehilfen kirchliche Organisationsmüde zu sein?“ lautete. Nein, allerlei unsinnigem Zeug verzapfte er auch zum hundertstenmal das Märtyrium Paulchens. Der Terroristus, das Geldgeben in die Parteirosse und Flugschriften vor Almo dazumal mussten herhalten, um die Versammelten zu maßtraktieren. Er plapperte alles nach, was man vor acht Wochen in der Christenzeitung stand und kann es widerlegt wahr, so daß die Versammelten eine Lust verspürten, das Geschwätz noch länger anzuhören. Selbstverständlich müssen die Christen als „unbedeutende kleine Gruppe“ jede Verantwortung für den Ausgang des Streits ablehnen. Nur die toten Führer waren sündhaft, daß das gemeinsame Ziel nicht erreicht worden ist. Nur noch zwei Tage hätte man ihre Ansicht nachreden sollen, dann wären die Meister alle umgefallen. Da der Referent immer noch nicht zur Tagesordnung sprach, brachte unsern Mitgliedern endlich die Geduld, und erst durch Eingreifen des Kollegen Gähnert konnte die Erörterung vorläufig gedämpft werden. Als jedoch der treulose Wahrheitsverdreher zum Thema sprechen sollte, kammele er lediglich noch ein paar Sätze, von denen einer davon lautete: „Ist der freie Verbund gesonnen, dem Kampf um die grundfächlichen Anjauungen aus dem Wege zu gehen und will er anständig mit für die sechstage Arbeiterwoche, ob Sonntagsruhe oder Erholungswoche, kämpfen?“ In dieser Frage liegt natürlich eine Verbindungsondergleichen – es ist das gemeint, was man bisher erlebt hat. Denn niemand anders als die Fragesteller sind es gewesen, die in ganz unchristlicher Art, zum Gaudium der Meister, den Senderkampf begonnen haben und heute noch fortführen, einer sozialen Befreiung jedoch aus dem Wege gehen. Als erster Diskussionsredner wies Kollege Reubauer zunächst einige unmaßige Behauptungen zurück, dann sprach Kollege Gähnert, der ihnen alle ihre Schändlichkeiten der letzten Jahre und Monate vor Augen führte. Wie vom Teufel besessenen wollten die während des Referats noch herangelosten Arbeitnehmerinnen und deren Eltern. Sieh auf Sieh strahlten sie mit Grimm einsteifen. Ganz besonders zerplustzte Kollege Gähnert ihre Haltung im Jahre 1909, zählte ihnen die Terroristustraftaten beim, die sie durch einen Verwandten oder Klosterschwestern in die Welt setzten. Wahnsinn weiter das Verhalten der christlichen Streifeltruppe und ihre Leidenschaften in Bezug des Streits unter die Lupe zu ziehen, wie sie den gegenwärtigen Vertrag bezüglich der Streitbrechertruppe mit der Firma Seidl zu durchbrechen trachten. Er wies darauf hin, daß hauptsächlich aus den katholisch-katholischen Gegenden, wo die Gesellenvereine ihre Unruhen treiben, die meisten Streitbrecher kamen. Die ihnen abgehenden Zentrumsblätter schnappten gierig nach den Streitbrecherberatern. Er zeigte weiter, wie die Christen auch bei den andern Gewerkschaften, ob sie bei Streiks gut oder schlecht abgeschnitten haben, genau das gleiche schändliche Treiben veranstalteten. So war es bei den Brauern, wo sie zwar mit dem Tarifabschluß einverstanden waren, aber hinterher in wölbelbaster Weise zu agitieren verstanden.

Die Lüge, daß es nur dem christlichen Verbände in Mannheim zu danken ist, daß dort der Streit so schnell vorangetrieben wurde, würdigte er gleichfalls. Zugleich dielt er vorne ihre eigener Lohnbewegungen als Beispiel vor. So den „grandiosen“ Bergarbeiterstreit im Saarland, wo sie eben zusammengeknüpft sind und ihr gemeinschaftliches Treiben bei der Saarfliegerbewegung in München, wo sie trotz ungünstiger Organisationsverhältnisse und schlechter Konjunktur zum Streit treiben wollten, als der freie Verbund beschloß, lieber ohne Tarifabschluß ein Jahr weiter arbeiten zu wollen. Ihre Chancen gegen die Unternehmer hatten sie ein bei der Bewegung der Bergarbeiterinnen in ihrer eigenen Parteidreiecke, im „Kunstner Tagblatt“, gezeigt, wo sie sich seit dem Februar zum Narren halten lassen.

Wähnert betonte ferner, daß er es für ein Verbrechen halte, wenn die Räuber des Streiks von dessen Ausichtslosigkeit überzeugt sind und daß den Mitgliedern nicht sagen und weiter streiten lassen. Auch ließ er die Christen nicht im Zweifel, daß er ihre Taktik, eine Versammlung mit einem solchen Thema einzuberufen, nicht versteht kann; denn da könnten die Meister wirklich zu der Reinigung kommen, daß die Münchner Bädergehilfen organisiert sind, und die Folgen könnten schamloseste Gefüße sein. Wenn bei den Christen wirklich Organisationsmüdigkeit vorhanden ist, dann sollen sie sich doch lieber in ihren kleinen Kreise nach der Schule umsehen; denn beim Ende der Münchner Kollegen ist das Gegenteil der Fall. Auch die schamloseste Agitierungsmethode gezielte Kollegie erzeugte, indem er nachwies, daß die Christen durch Be-

zeichnung unserer Mitglieder zum Übertritt bewegen wollten. Den Teufel aus dem Sac gelassen haben sie dann, als er ihrer Aufrufserklärung gemäß eine Erklärung verlesen wollte. Der Chor der Sekretäre brüllte wie die Wilden, man wollte sich offenbar vor einer moralischen Ohnmacht schützen. Das gibt es nicht! schrie die ganze Kora. Man wollte sie nachher zum Verleben bringen oder am Referententische verschwinden lassen. Zu diesem Manöver ließ sich aber Kollege Gähnert nicht herbei und bestand auf Verlesung; denn er weiß zu gut, daß, wenn bei den Christen nicht alles schwarz auf weiß vorliegt, man dann vor Verdrehungen nicht geschützt ist. Unsere Mitglieder schlossen sich dieser Meinung an und ließen auch eine weitere Diskussion nicht mehr zu, worauf im allgemeinen tumult die Versammlung geschlossen werden mußte.

Vielleicht nehmen sich die Christen endlich zu Herzen, daß man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Wer Scham besitzt, der tue das. Sonst, lieber Brüder, macht man Minus!

Polizei und Gerichte.

Werkstatt- oder Handelsbetrieb des Bäckermeisters? Der Bäckermeister Heil in Berlin sollte sich gegen die Vorschriften über die Ruhezeit der in Bäckereien beschäftigten Gehilfen und Arbeiter dadurch vergangen haben, daß er am zweiten Osteritag früh seinen Hausdiener in einem Berliner Krankenhaus Bäckwaren abliefern ließ, die in seiner Bäckerei hergestellt waren. Im ersten Rechtsgang sprach das Landgericht den Angeklagten frei, weil

Spätestens am 6. September ist der 37. Wochenbeitrag für 1913 (7. bis 13. September) fällig.

hier eine Beschäftigung lediglich im Handelsbetriebe, der mit der Bäckerei verbunden sei, vorliege und die hierfür in Betracht kommenden Vorschriften des § 105 b Absatz 2 nicht übertreten worden seien.

Nach Aufschbung des Urteils durch das Kammergericht verurteilte aber das Landgericht den Angeklagten wegen Übertretung der erwähnten Bäckerwohlfahrtsgesetze. Begründend wurde eingesetzt: Der Angeklagte habe einen reichen Abkommen mit dem Krankenhaus auf längere Lieferung von Bäckware. Die zu liefernde Menge sei aber nicht festgelegt. Das Gericht schreibt an, daß unter diesen Umständen die Ablieferung der Ware an das Krankenhaus als Tätigkeit im Gewerbe betrachtet werden kann. Nachgedacht sei, daß die Angeklagten abends oder morgens von der Verarbeitung des Krankenhauses angegeben. Eine solche Nachricht sei dem Angeklagten am ersten Osteritag abends zugegangen, und dementsprechend habe er am zweiten Osteritag früh die Ware hingebracht. Das Gericht schreibt an, daß unter diesen Umständen die Ablieferung der Ware an das Krankenhaus als Tätigkeit im Gewerbe betrachtet werden kann. Nachgedacht sei, daß die Ware vom Krankenhaus bestellt wurde und gegeben sei. Die genannte Befestigung habe bei dem Gewerbebetriebe der Bäckerei immer berücksichtigt werden müssen. Deshalb falle die Ablieferung dieser bestellten Ware unter die zum Gewerbebetriebe gehörenden Tätigkeiten. Dabei sei es unerheblich, daß die Menge für den einzelnen Tag immer erst bestimmt würde. Die Tätigkeit des Dienstes sei nun während der allgemein für die Arbeiter in Bäckereien vorgeschriebenen Ruhezeit am zweiten Feiertage früh ausgeführt worden, so daß sie die Bestrafung rechtzeitig.

Der Ferien-Strafsenat des Kammergerichts verwies die nun von Heil eingelegte Revision und wiederte ans. Das Landgericht gab davon aus, daß es sich hier um eine beim Verhältnisbetriebe gemachte Bestellung handle und daß die Erklärung am ersten Feiertage abends, die die zu liefernde Menge bestimmt, nicht die eigentliche Bestellung, sondern nur eine Veränderung der allgemeinen Bestellung gewesen sei. Diese Auffassung sei nicht zuzulassen. Mit Rücksicht darauf sei auch ohne Rechtsstumme angenommen worden, daß die Tätigkeit des Ausstragens eine solche im Gewerbebetriebe der Bäckerei und nicht eine solche im kaufmännischen Teil des Gewerbebetriebes des Angeklagten gewesen sei. Mit Recht sei darum Angeklagter verurteilt worden.

Internationales.

(IS) Frankreich. Nach einer Statistik über die Beitragseleistung der angeschlossenen Gewerkschaften gehörten dem Verband der Arbeiter der Lebensmittelindustrie an: 1910 4383, 1911 3772, 1912 4190 vollzählende Mitglieder, darunter 1796 Bäcker, 489 Köche, 390 Kellner, 187 Mühlenarbeiter, 138 Metzger, während der Rest sich auf weitere 10 Hauptgruppen verteilt.

Wichtig für alle seefahrenden Kollegen und die Auswanderer nach Newyork! Die in Newyork (Vereinigte Staaten von Nordamerika) ausgebrochenen Zwistigkeiten zwischen unserm amerikanischen Bruderverband und den dortigen Lokalorganisationen sind leider immer noch nicht beigelegt. Die früheren Verbandsunions Nr. 1, 3 und 164 nehmen eine unabhängige Stellung ein und werden vom Verband nicht anerkannt.

Die Adressen der reorganisierten Lokalvereine, die dem Verband angegliedert sind, finden Interessenten weiter unten angegeben, und diese sind es allein, an die sich nach Amerika auswandernde Bäckereiarbeiter, die sich in Newyork ansässig machen wollen, und die seefahrenden Kollegen wenden sollen.

Diese für Newyork und Brooklyn allein in Frage kommenden Verbandsunions sind für die Deutschsprechenden Bäckereiarbeiter folgende: Bäckerunion Nr. 1 versammelt sich und betreibt ihren Arbeitsnachweis in Gossweilers Halle, Nr. 240 Ost, 80 Straße Newyork; Bäckerunion Nr. 94 versammelt sich und betreibt ihren Arbeitsnachweis in Fuchs' Halle, Nr. 823

West, 38. Straße, Newyork. Es sind uns in letzter Zeit mehrfach Fälle zur Kenntnis gebracht worden, in denen sich nach Amerika ausgewanderte Bäckereiarbeiter an die unabhängigen Unions gewandt haben, mit denen wir in keinerlei Vertragsverhältnis betreffs Austausches der Mitgliedschaft und der damit verbundenen Vergünstigungen mehr stehen. Deshalb ist eine Warnung an dieser Stelle am Platze.

Sozialpolitische.

Stempelsteuerkonvention bei Tarifverträgen. Die Überholdektion in Berlin hat fürzlich entschieden, daß Schiedssprüche der Tarifabschließungskommissionen stempelpflichtig sind. Es sind nach dieser Entscheidung zu zahlen für die Hauptausfertigung M 10 und für die beiden den Parteien zuguteleitenden Ausfertigungen je M 3 Stempelsteuer. Der Entschied steht sich auf § 1040 der Zivilprozeßordnung, da der Schiedsspruch, der von einem im Tarifvertrag festgesetzten Schiedsgericht gefällt ist, die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils habe.

Diese Entscheidung scheint uns ein Fehlspruch zu sein, weil sie mit dem ganzen Verfahren des tariflichen Einigung- und Schiedsverfahrens im Widerspruch steht. Sie ist aber unseres Erachtens auch rechtlich nicht haltbar. Bis jetzt haben Reichsgericht, Kammergericht und auch andere Gerichte — wir erinnern an den Fall in Hannover, wo der Steinsekretär das Objekt bildete — immer entschieden, daß Tarifverträgen keine rechtlich bindende Wirkung zusprechen sei. In Hannover wurde unjetzt Konsolidierung des Stempelsteuerhinterziehung freigesprochen. Nun sind doch aber Tarifrichter und deren Urteile nur Bestandteile des Tarifvertrages. Es will daher unserm beschränkten Rechtverständnis wirklich nicht einleuchten, daß ein Teil eines Vertrages stempelsteuerpflichtig sein soll, der als Ganzes dagegen nicht stempelsteuerpflichtig ist.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Erfolgreiche Sozialbewegung der Handelskunsthandwerker. Eine für die gewerkschaftliche Frauenbewegung speziell für die Heimat und ihre interessante Lohnbewegung, die mit einem viertwöchigen Streik verbunden war, wurde vom Verband der Lederarbeiter in dem kleinen, etwas über 6000 Einwohner zählenden Erzgebirgsstädtchen Johanngeorgenstadt durchgeführt. Dasselbe sind circa 2000 Arbeiter und Arbeitnehmer in der Lederhandelsfabrikation beschäftigt; etwa 1500 Arbeitnehmer sind als Heimarbeiterinnen tätig. — Während schon seit Jahrzehnten die männlichen Arbeitsträger am Ort in der Handelskunstbranche alle organisiert sind, gelang es trotz jahrelanger Agitation erst vor kurzem, mit Hilfe der Heimarbeiterinnen zu organisieren. Die Löhne für diese Arbeitnehmerinnen sind niedrig bequemt zurückgegangen; bei jeder Krise wurden bedeutende Reduzierungen vorgenommen, die bei guter Konjunktur nicht annähernd wieder ausgeglichen werden konnten.

Den gegenwärtig außerordentlich günstigen Geschäftszug ausnutzend, hatten sich die organisierten Handelskunsthandwerkerinnen vor einigen Monaten dazu entschlossen, den Unternehmern einen neuen, verbesserten Lohntarif zu unterbreiten, der aber noch nicht einmal an die früher bezahlten Lohnsätze heranreichte. Die Unternehmer lehnten jede Erhöhung zunächst ohne jede Begründung ab; wie sie später erklärt, habe sie die schwache Organisation der Arbeitnehmer an die abwehrende Haltung veranlaßt. Mit Hilfe und Unterstützung des Lederarbeiterverbandes wurde nun doch der Lohnkampf eingeleitet und später der Streit proklamiert. Die Arbeitnehmerin sollten sich jetzt in großer Zahl der Organisation an, so daß bei Ausbruch des Kampfes 60 pzig Verbandsmitglieder waren. Damit hatten die Unternehmer offenbar nicht gerechnet. Sie versuchten durch Drohungen, Einschüchterungen, Maßregelungen von Beamtenangehörigen der Streitenden, Penitentien bei der Ortsbehörde und Territorialpolizei aller Art die Bewegung in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, in der Hoffnung, dadurch die jungen organisierten und gewerkschaftlich noch wenig geübten Heimarbeiterinnen kopfschütteln zu können. Aber auch diese Hoffnung erfüllte sich als fruchtlos, indem die Streitenden, von ihrer Organisation unterstützt und ermutigt, fast einmütig bis zum Schluss des Kampfes aushielten. Vor 705 in die Streitenden eingetragenen wurden nur 35 während der viertwöchigen Streitdauer abtrünnig. Schließlich traten die Unternehmer mit der Lohnkommission, der auch drei Arbeitnehmer angehörten, in Verhandlung; sie wurden dem Industrie-Schutzverband, dem sie inzwischen beigetreten waren, übertragen. Der Vertreter dieser Unternehmensorganisation stellte die sofortige Arbeitsaufnahme zur Bedingung, er garantierte eine fünf- bis sechzehnprozentige Lohnverbesserung. Die Streitenden willigten in diese Bedingung mit dem Vorbehalt, daß eine zehnprozentige Lohnverbesserung vor der Arbeitsaufnahme sicherlich garantiert wird. In der Konkurrenz gelang es, die großen Unterschiede in den bislangigen Tarifverträgen der einzelnen Firmen auszugleichen und sozialistische Lohnverbesserungen zu erreichen. Der zweitlängste Erfolg ist aber der Abschluß eines Tarifvertrages, der die Verbesserungen auf bestimmte Zeit festlegt und als Anhang zu dem bereits bestehenden Handelskunsttarifvertrag mit gleicher Ablaufzeit in Geltung kommt. Durch diesen Schritt sind die Lohn- und Tarifverhältnisse für circa 1500 Heimarbeiterinnen vereinbart und auf eine feste Grundlage gestellt worden. Es dürfte dies wohl der erste Fall sein, wo ein Tarifvertragsverhältnis ausschließlich für Heimarbeiterinnen geschaffen wurde.

Für Jubiläumstag im Buchdruckerverband. Im März 1888 beschloß der Buchdruckerverband auf einer Stuttgarter Generalversammlung, die Verbandsleitung von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Zehn Jahre vorher, als mit Verbündung des Sozialistengesetzes auch die Verbesserung der Gewerkschaften einföhrte, stützte die Verbandsleitung des Buchdruckerverbandes mit ihrem Sitz von Leipzig nach dem freieren Stuttgart. Mit dem 1. September 1888 übernahm der jetzige Verbandsvorsitzende, Emil Döhl, den Sitz. Er feiert also an diesem Tage zugleich sein

zehnjähriges Jubiläum, ein Ehrentag, den wohl kein zweiter Verband so feierlich bisher zu verzeichnen hat. Bei dem Übergang der Verbandsleitung nach Berlin im Jahre 1888 waren 11.186 Mitglieder in 587 Dörfern vorhanden und in allen drei Rasseneinrichtungen hatte der Verband ein Vermögen von A 916.692. Das der Verband nach dem verlorenen Herzen Neufundenkampf im Jahre 1891/92 nicht in Trümmer ging, ist nicht zuletzt Döblin zu verdanken. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 67.388 in über 1700 Dörfern gestiegen. Das Verbandsvermögen beträgt A 10.512.837.

Döblin hat in manchen für den Verband schönen und stürmischen Seiten in seiner Entschlossenheit seinen Mann gefunden. Mögen ihm noch viele Jahre regnerischer Tätigkeit beschieden sein!

für die Arbeiterinnen.

Strengearbeit im Handelsgewerbe. Wie fast in allen Berufen, so wird auch im Handelsgewerbe die weibliche Arbeitskraft geringer entlohnt als die männliche. Eine Erhebung des laufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte bestätigt die Erfahrung der mangelhaften Entlohnung weiblicher Arbeit. Diese Erhebung umfasst die Gehaltserhöhungen von 4532 Kontorgehülfinnen. Von diesen verdienten 21 vgl. bis zu A 50 monatlich, 42 vgl. bis zu A 70 und noch nicht ganz 25 vgl. bis zu A 100. Also müssen sich rund 88 vgl. die große Mehrheit mit einem Monatslohn von unter A 100 begnügen. Nur 12 vgl. erreichen eine höhere Gehaltssumme.

Begegnet man das Gehalt mit der Dauer der geschäftlichen Tätigkeit, so zeigt sich, daß auch noch fünf Jahren 4 vgl. der Angestellten den miserablen Lohn von A 70 noch nicht erreichen. Allerdings ergibt die Untersuchung auch, daß ein Teil der Angestellten im verhältnismäßig jugendlichen Alter das Höchstgehalt erreicht hatte. Eine ganz besonders tüchtige Frau besteht vielleicht in großen Städten die Möglichkeit idyllisch zu arbeiten; der Durchschnitt der Handlungsergebnisse aber wird so schlecht bezahlt, daß kaum der Kindheitslebensbedarf von diesem Gehalt zu decken ist. Eine Verbesserung zur Errichtung höherer Löhne im Handelsgewerbe ist — hier wie in jedem Berufe — die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Ist diese gut ausgebaute, so kann sie auch als starke Macht den Unternehmern ihre Forderungen abgewinnen.

Großherzhaftliches.

Unser Gewerkschaftsbüro hat außer den bisher bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt den Kommandantenverein Hörnburg i. Sch. Das Jahr hat nun insgesamt 200 verschiedene Vereine, welche in ihren Bäckereien und Konditoreien zusammen 254 Arbeitskräfte beschäftigen.

Ein gewerkschaftliches Volksfest veranstaltete der Sonnens-, Bier- und Sparverein „Brotfabrik“ in Hamburg am 14. September zur Eröffnung der 101. Brotfabrik für Kolonialwaren. Einzelheiten der Schriften, Bros., Bild- und Gewerkschaften besaß die „Brotfabrik“ bei 151 Brotfabriken. Die erwartete Freiheit wird mit einem großzügigen Festtag vom 1. Oktober 1910 angeboten und Arbeitern der „Brotfabrik“ in ihrer Gewerkschaften gehilft wird und in dem auch die gesetzliche Gewerkschaft und Gewerkschaftszeitung gleichzeitig erscheinen. Die genaue Bekanntmachung der Mitglieder an dem Festtag wurde von der Polizeidirektion nicht genehmigt. So verlor die Brotfabrik die Freiheit es einzugehen und nur möglich, daß eine auf moderner Grundlage von der organisierten Arbeiterschaft errichtete Ausflugsanstalt zu einem Ausflugsvergnügen dient. Aber, um der Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und ihrer wichtigen Bedeutung vor Stolpe zu demonstrieren, eingesetzte Gewerkschaftsangehörige besuchten über viele Kilometer. Sie wünschen freig, das sie in der Bäckerei beschäftigten Schwestern und an dem Festtag in ihren Arbeitsfeldern beteiligen werden. Gegen das Volksfest ist haben auch nur der nichts eingetretener, aber unverzüglich erledigt es aus, das von organisierten Arbeitern aus der Brotfabrik nachgefragt wird, den wir mit einer Scharfe bei den Bürgern und den Bäckereien betreut. Und eine Stütze dieser Art liegt für die Gewerkschaftsverordnung keine Schwierigkeit.

Der Mensch.

Der gute Spieler, dem Schneider Becker, nach der folgenden „gewerkschaftliche Frage“ über das Leben „Der Mensch“ antwortete:

Der Mensch hat jämmer Augen, eine triste Zunge, schwülste Feste und ein beschämtes Gehirn. Er kann auf einen Schwinden oder Sterben nicht hoffen und Schwinden kann Unterwerfung darin. Ein Mensch leidet und stirbt, sehr oder schwer, der Mensch hat er den Menschen aber freien. Sein Sehnen ist ein mit einem Menschen im Westen, wenn er kommt. Das heißt ihn entzückt und schreckt. Der Mensch ist klug, er will den Jünger an die Seite seines Christus verlegen und ist glücklich. Der Mensch ist ja klug, er läßt das eine Schnecke nach anderen hinter er und wird nach beiden laufen. Der Mensch lebt nicht allein, er meint in Sicherheit, daß er keinen Platz mehr unter seinem Kopf zu verbergen hat. Der Mensch ist klug, auch denkt sich sein Gott verhindern: daß er Mensch er und Mensch ich auf noch weiter.

Mitarbeiter.

Deutsche Schriften für Erdölz-Unternehmen. Nr. 1. „Deutsche Erdölz-Unternehmen“ bei einer kleinen Schrift im Jahre 1912. Preis 10 Pf. 66 Seiten. Verlag: E. Müller, Berlin, Schlesisches Torstrasse, Berlin.

Gewerkschaftsbüro Hörnburg, Endreuter Allee 23, Preis für 1912. Preis 75 Pf. 66 Seiten. Verlag:

Gattler und Vorleser. Protokoll der dritten internationalen Konferenz abgehalten in Wien am 9. und 10. Mai 1912.

Zentralverband der Schiffszimmerer. Protokoll der 13. Generalversammlung am 18. bis 22. Mai zu Hamburg. 145 Seiten. Selbstverlag.

Gewerkschaftsbüro Bremen. Die Gewerkschaftsbewegung Bremens 1912. 58 Seiten. Selbstverlag.

Gewerkschaftsbüro Frankfurt a. M. Geschäftsbuch für das Jahr 1912. 120 Seiten. Verlag Buchhandlung Vollstumme.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 23. August starb an den Folgen einer Operation unser langjähriges treues Mitglied

Will. Hermann

im Alter von 31 Jahren. [M. 3,60]

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle München.

Nachruf.

Am 25. August starb nach kurzem Krankenlager unser thäriges Mitglied, der Konditor

Bruno Voigt

im 26. Lebensjahr. [M. 3,60]

Ehre seinem Andenken!

Verwaltung Berlin.

Unser Kollegen Otto Leidel nebst seiner lieben

Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!

Die Kollegen der Frankfurter Brotfabrik.

[A. 3]

Düsseldorf.

Unser Kollegen August Baader nebst seiner lieben

Frau

die herzlichsten Glückwünsche

zur Vermählung!

[A. 3] Die Kollegen der Schweizer Brotfabrik.

Unser Kollegen Max Kroschky nebst seiner

lieben Frau

die herzlichsten Glückwünsche

zur Vermählung!

[A. 3] Zahlstelle Weinstadt.

Unser Kollegen Georg Boickstädt nebst

seiner lieben Frau Hedwig Becker

zur Vermählung

die herzlichsten Glückwünsche!

[A. 3] Zahlstelle Osnabrück.

Unser Kollegen Emil Ludwig nebst seiner

lieben Frau Eva Theobäcker

zur Vermählung

die herzlichsten Glückwünsche!

[A. 3] Zahlstelle Arnstadt.

Künstliche Zähne, Plombe

Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung

Emil Bade, Zahntechniker, Berlin, Schönhauser Allee 43

Bei der Orts- u. Landungsgrankenkasse angestellt

Berliner Bäcker! = Tanz-Unterricht!
Schönhauser Allee 28. = Bäcker-Verkehr.

Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.
Anfahrt täglich. Honorar halbjährig. Tanzlehrer E. Schulz.

Münchner Bäcker- und Konditorgesellen

decken Ihren Bedarf am besten bei

Hans Berfuss, Schuhmachermeister, Haugasse 2, 1. Et.
gegenüber dem Verbandslokal.

Marzipan-Hörster

welcher perfekt in sämtlichen Marzipanmassen und Mandelersatzmassen ist, wird gesucht.

Offeren mit Gehaltsansprüchen unter 10.059 zu Nordisk Announcebureau, Kopenhagen. [A. 4]

Gut organisiertes Agentur-Bureau sucht für Königreich Sachsen, Provinz Sachsen und Thüringen

Vertretungen

in Bäckerei-Artikeln. Offeren unter E. C. 1000, hauptpostlagernd Naumburg a. d. S. [A. 3]

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 7. September:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bergedorf: Nachm. 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. — Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstr. 31. — Braunschweig (Gemeinsame): 3 Uhr im „Fürstenhof“, Stöbenstraße. — Crefeld: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Breite Straße. — Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. — Duisburg: Vorm. 10½ Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Düsseldorf: Vorm. 10½ Uhr im Volkshaus. — Flensburg: Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Schlossstraße. — Geesthacht: 3 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — Gera: 3 Uhr, „Zum Hainberg“ — Hannover (Außerordentliche Mitgliederversammlung): 3 Uhr im Nordstädter Gewerkschaftshaus, Oberstr. 8. — Helmstedt: Bei Lehmann, Holzberg 7. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goschenstraße 23. — Hof: Vorm. 10 Uhr, „Zur goldenen Gans“. — Limbach i. S.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. — Luckenwalde: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beelitzer Straße. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50. — Marktredwitz: 2 Uhr bei Göh, Schremsberg. — Menselwitz: 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — Potsdam: 3 Uhr in Romane bei Goyai, Auguststraße. — Tanger: Vorm. 9 Uhr, „Zum Deutschen Reich“, Rückenstraße. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Löwen“, Gerberstraße. — Thorn: 2 Uhr. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Wittenber: Vorm. 10 Uhr bei Sievers. — Wegeback: 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Rohlfs-Straße 55. — Wieslar: 3 Uhr bei Jordan, Lahmstr. 21.

Dienstag, 9. September:

Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. — Eisenach: 4 Uhr, „Zum weißen Hirsch“, Alexanderstraße. — Fürth i. Bayern: 5 Uhr bei Simader, Gartenstraße 1. — Halle a. d. S. (V. & C. e. r.): 3½ Uhr, Kleine Kleinzstraße 7. — Hamburg-Altona (Konditorei-Bäckerei): 3 Uhr im „Vogelgesang“, Schleusenstr. 7. — Striegau i. Schlesien: 4 Uhr, „Zum fürrigen Bismarck“. — Waldenburg i. Schl.: 4 Uhr, „Zur Sandmühle“, Auenstraße. — Wolfsburg: 8 Uhr bei Friske, Fischerstraße. — Wittenber: 8 Uhr bei Fricke, Fischerstraße.

Mittwoch, 10. September:

Augsburg: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 313. — Hamburg-Altona (Seejährende): 3½ Uhr bei Preuer, St. Pauli, Silberstrasse 15. — Homberg v. d. H.: 8 Uhr, „Zur neuen Brücke“. — Stralsburg i. Els. (V. & C. e. r.): 3½ Uhr, Kleine Kleinzstraße 7. — Hamburg-Altona (Konditorei-Bäckerei): 3 Uhr im „Vogelgesang“, Schleusenstr. 7. — Striegau i. Schlesien: 4 Uhr, „Zum fürrigen Bismarck“. — Waldenburg i. Schl.: 4 Uhr, „Zur Sandmühle“, Auenstraße. — Wolfsburg: 8 Uhr bei Fricke, Fischerstraße.

Donnerstag, 11. September:

Altenburg: 2½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bamberg: 1½ Uhr, „Zum grünen Kron“, Salzgriesplatz. — Cassel: 3 Uhr im neuen Gewerkschaftshaus, „Kleiner Stadtpark“, Über Karlstr. 13. — Coblenz: 4 Uhr, „Zum wilden Mann“, Moselstraße. — Erlangen: „Zum goldenen Hirsch“, Glockenstraße. — Freiburg i. Br. (Sektion I): 2 Uhr bei Bötner, Schönstraße 8. — Gotha: 3 Uhr im Volkshaus, „Zum Mohren“. — Kaiserslautern: 4 Uhr beim „Schlamassel“, Steinstr. 2. — Ludwigshafen: 2½ Uhr im „Ratskeller“, Schillerstraße. — Magdeburg: 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. — Roßdorf: 6 Uhr in der „Philharmonie“. — Schönebeck: Im „Bürgerhaus“, Breiter Weg. — Schwerin: 6 Uhr, „Italia“, Graf-Schack-Straße. — Würzburg: 3 Uhr, „Zum goldenen Hahn“.

Freitag, 12. September:

Braunschweig (V. & C. e. r.): 3½ Uhr im „Fürstenhof“, Stöbenstraße. — Halle a. d. S. (Fabrikbranche): 3½ Uhr, Kleine Klausstr. 7.

Sonnabend, 13. September:

Leipzig (Fabrikbranche): 8 Uhr bei Niedau, Gohlis, Löbsterstraße. — Rudolstadt: 8 Uhr im Volkshaus, „Konjunktiv“. —

Sonntag, 14. September:

Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Bremervörde: 3 Uhr im „Bayerischen Hof“, Lange Straße 18. — Eilen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr, „Zur Stadt Giebelstadt“, Steeler Straße. — Hagen-Schwerde: Vorm. 10 Uhr bei Schüthof, Hagen, Hochstr. 86. — Halberstadt: — Heidenheim a. d. Brenz: Vorm. 10 Uhr, „Lamm“. — Herford: Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Känssestr. 3. — Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Lüdenscheid: 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Kärsdorffstr. 2. — Nürnberg: Vorm. 11 Uhr bei E. Müller, Lohstr. 50. — Paderborn: 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus, „Schillergarten“. — Remscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — Weiden: 1 Uhr, „Zur Sonne“. — Wittenberg (Halle): Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Lüpkestr. 1.

Für die Redaktion verantwortlich: Adolf Schröder, Hamburg, Seelbinderstr. 57. — Verlag von O. Müller, Hamburg. — Druck: Gebrüder Buchdrucker und Verlagsbuchdruckerei H. & Co. in Quedlin-